



I Z A

COMPACT

DIE ZUKUNFT DER ARBEIT DENKEN

Den Reformaufbruch wagen!

Aufruf von 300 Ökonomen an die politischen Entscheidungsträger

Auf Initiative des IZA haben sich 250 namhafte Ökonomen Ende Mai 2003 in einem eindringlichen Aufruf an die deutsche Politik und Öffentlichkeit gewandt, um an den Mut zu umfassenden arbeitsmarktpolitischen Reformen zu appellieren. IZA Compact dokumentiert den Wortlaut dieses Aufrufs, dem sich in der Zwischenzeit insgesamt 300 Wirtschaftswissenschaftler angeschlossen haben. Ökonomen in wichtiger Funktion haben auch weiterhin die Möglichkeit, sich an dieser Initiative zu beteiligen (www.iza.org; aufruf@iza.org):

Deutschland steht vor einer entscheidenden Weichenstellung. Die dramatisch hohe Arbeitslosigkeit und die Finanzkrise der sozialen Sicherungssysteme erfordern eine fundamentale Neuorientierung der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Nur so lassen sich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen meistern, die technischer Fortschritt, Globalisierung und demographischer Wandel mit sich bringen.

In dieser Situation muss die Politik endlich ihre Fähigkeit zu substanziellen Reformen unter Beweis stellen. Weiteres Zögern oder Zugeständnisse an die Besitzstandswahrer in den einzelnen Interessengruppen führen Deutschland nur noch tiefer in die Sackgasse ökonomischen Stillstands. Wenn jetzt nicht konsequent gehandelt wird, dann droht der Anschluss an den in anderen Ländern längst begonnenen Anpassungsprozess endgültig verloren zu gehen.

Die Einleitung von Reformen dient auch der sozialen Gerechtigkeit. Wer auf Zeit spielt oder die nötigen Veränderungen behindert, verbaut Arbeitslosen die Rückkehr in Beschäftigung und riskiert den Kollaps der sozialen Sicherungssysteme. Betroffen wären davon

gerade diejenigen, die der Solidarität durch die Gesellschaft bedürfen. Darüber hinaus gefährdet die Fortsetzung einer Politik der Unentschlossenheit die Zukunftsperspektiven nachwachsender Generationen.

Die Bereitschaft zur Veränderung ist in der Gesellschaft spürbar. Jedoch ist politische Führungsstärke erforderlich, um die Reformkräfte zu bündeln und die überfälligen Modernisierungen gegen den Widerstand der Bedenkenträger durchzusetzen. Die Rückkehr zu Wachstum und Vollbeschäftigung und die Herstellung von Nachhaltigkeit in der sozialen Sicherung sind möglich, wenn jetzt rasch und unbeirrbar Kurs auf die dazu notwendigen Reformen genommen wird.

Fehlanreize auf dem Arbeitsmarkt beseitigen

Die geplante Begrenzung der maximalen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf 18 Monate, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe und die Leistungskürzung bei Ablehnung einer zumutbaren Beschäftigung sind Voraussetzungen dafür, dass einfache Tätigkeiten attraktiver werden und es sich für Arbeitslose wieder lohnt, eine Arbeit aufzunehmen. Das Ziel besteht darin, ihre Einkommen durch Erwerbsarbeit zu verbessern und so ein ausgetrocknetes Segment des Arbeitsmarktes neu zu beleben. Die Reform des Kündigungsschutzes trägt dazu bei, Einstellungshemmnisse bei den Unternehmen abzubauen. Es ist falsch zu behaupten, die Leidtragenden solcher Veränderungen seien die sozial Schwachen. Ein Blick über die nationalen Grenzen zeigt, dass die in Deutschland alarmierend hohe Arbeitslosigkeit von Älteren und Geringqualifizierten keinem Naturgesetz folgt,

sondern das Ergebnis von Fehlanreizen ist. Sie gilt es zu beseitigen, damit auch in Deutschland verbesserte Beschäftigungsperspektiven für alle Problemgruppen des Arbeitsmarktes entstehen können.

Mehr Generationengerechtigkeit bewirken

Leitgedanke einer nachhaltigen Rentenpolitik muss die Generationengerechtigkeit sein. Die Abschaffung von Frühverrentungsanreizen und die Anhebung des Renteneintrittsalters ersetzen kein umfassendes Reformkonzept wie die Ausweitung kapitalgedeckter Systeme. Sie sind jedoch zwingend notwendig, um die langfristige Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme zu gewährleisten und zukünftige Generationen zu entlasten. Erforderlich werden diese Korrekturen auch, weil die Erfahrung und die Produktivkraft der Älteren im Zuge des bevorstehenden demographischen Wandels benötigt werden. Ergänzend sind flexiblere Entlohnungssysteme sinnvoll, um dem unternehmerischen Risiko bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu begegnen.

Monopole im Gesundheitswesen aufbrechen

Zur Bewältigung der Kostenexplosion im Gesundheitswesen ist die Einführung des Leistungswettbewerbs zwischen den Krankenkassen ebenso unabdingbar wie das Aufbrechen verbandswirtschaftlicher Strukturen, die bislang einer deutlichen Kostensenkung auf der Angebotsseite im Wege stehen. Dies muss neben die nötigen Maßnahmen treten, die die Finanzierung der Krankenversicherung durch eine stärkere Kostenbeteiligung der Patienten, die Abkopplung der Beiträge von den Arbeitseinkommen oder eine Ausweitung des

In dieser Ausgabe

Den Reformaufbruch wagen!	1	Konferenz „The Phillips Curve Revisited“	9
„Caseworker“-System in der Schweiz	4	Nachruf auf Mark C. Berger Neue IZA-Bücher	10
IZA Prize 2003	5	Kurzberichte	11
Sozialhilfereform in den USA	6	Neue IZA Discussion Papers Gastwissenschaftler	13
Thea Dückert zu Gast im IZA Tower Talk	7	Meinung	14
Konferenz „Economics of Time Use“	8		

Versichertenkreises sichern sollen. Hinzu kommen müssen Kosten dämpfende Maßnahmen durch die Erleichterung von Kassenfusionen und die Aufhebung des Kontrahierungsmonopols der Kassenärztlichen Vereinigungen. Der drohende neuerliche Anstieg der Krankenkassenbeiträge verlangt auch hier rasches Handeln.

Zuwanderung ökonomisch regeln

Das an politischem Zwist gescheiterte Zuwanderungsgesetz muss in einem zweiten Anlauf dringend verabschiedet werden. Der dazu notwendige inhaltliche Kompromiss muss zum Ziel haben, eine stärker an ökonomischen Kriterien orientierte Zuwanderung nach Deutschland zu etablieren. Deutschland benötigt aus demographischer und volkswirtschaftlicher Sicht ein Instrumentarium, das eine gezielte Auswahl von Zuwanderern und zugleich eine flexible Gestaltung der Zuzugszahlen gestattet.

Makroökonomischen Flankenschutz schaffen

Die Umsetzung struktureller Reformen in einer konjunkturellen Schwächephase ist nicht einfach. Um kurzfristige Anpassungsprobleme abzufedern, kann auf zusätzliche makroöko-

nomische Impulse nicht verzichtet werden. Eine Doppelstrategie aus strukturellen Reformen und makroökonomischen Impulsen erleichtert die sozialpolitischen Modernisierungsanstrengungen. Eine Verstärkung von Infrastrukturinvestitionen und der Mittel für die Bildung von Humankapital ist dabei vorrangig. Durch Rückführung der konsumtiven Staatsausgaben und einen jetzt zu beschließenden, umfassenden mittelfristigen Subventionsabbau lassen sich die Ressourcen freisetzen, die den Staatshaushalten neue Gestaltungsspielräume eröffnen. Der Weg einer vorübergehend höheren Neuverschuldung ist angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage vertretbar, solange dies die automatischen Stabilisatoren wirken lässt, kein neues Konjunkturprogramm begründet und die mittelfristige, nachhaltige Sanierung des Staatshaushaltes durch Sparen und Subventionsabbau absehbar bleibt.

Die von der Bundesregierung beabsichtigten wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Korrekturen markieren einen Kurswechsel hin zu mehr Arbeitsmarkteffizienz und mehr Entscheidungsfreiheit des Einzelnen. Es wäre folgenschwer, würden die in der „Agenda 2010“ im Sinne eines ersten Reformschrittes enthaltenen richtungswesen-

den Ansätze nicht mit der nötigen Entschlossenheit umgesetzt oder im parteipolitischen Ringen um die Meinungsführerschaft in der Reformpolitik zerrieben.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs appellieren an die politischen Entscheidungsträger, die Tarifpartner und alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, den jetzt endlich sichtbar gewordenen Mut zur Reform nicht durch kurzfristige partei- und interessenpolitische Erwägungen zu gefährden. Die Reformkonzepte der Opposition sind in vielem nahezu deckungsgleich mit der „Agenda 2010“. Eine breite politische Mehrheit für die Reformvorschläge der Bundesregierung ist erkennbar. Mehr denn je ist nun verantwortungsbewusstes Handeln der Politik erforderlich. Das gebietet auch den Verzicht auf taktische Manöver in Bundestag und Bundesrat, die zu neuerlichen Rückschlägen für den Modernisierungsprozess führen würden. Vom Gelingen des jetzt anstehenden Reformaufbruchs werden die Zukunftsaussichten Deutschlands entscheidend abhängen.



Klaus F. Zimmermann



Charles Blankart



Friedrich Breyer



Kai Konrad



Meinhard Miegel



Renate Ohr

Initiator:

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Direktor Institut zur Zukunft der Arbeit/IZA Bonn, Präsident Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung/DIW Berlin, Universität Bonn, Freie Universität Berlin)

Mitunterzeichner:

Prof. Dr. Werner Abelshäuser (Universität Bielefeld) Prof. Dr. Michael Adams (Universität Hamburg) Prof. Dr. Horst Albach (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung/WZB) Prof. Dr. Sönke Albers (Universität Kiel) Prof. Dr. Gerhard Arminger (Universität Wuppertal) Prof. Dr. Uschi Backes-Gellner (Universität Zürich) Prof. Dr. Klaus Backhaus (Universität Münster) Prof. Dr. Wolfgang Ballwieser (Universität München) Dr. Thomas Bauer (Institut zur Zukunft der Arbeit/IZA, Bonn) Prof. Dr. Ansgar Belke (Universität Hohenheim) Prof. Dr. Dieter Bender (Ruhr-Universität

Bochum) Prof. Dr. Volker Bergen (Universität Göttingen) Prof. Dr. Peter Bernholz (Universität Basel) Prof. Dr. Siegfried Beringhaus (Universität Karlsruhe) Prof. Dr. Helmut Bester (Freie Universität Berlin) Prof. Dr. Jörg Beutel (Fachhochschule Konstanz) Prof. Dr. Charles Blankart (Humboldt-Universität zu Berlin) Prof. Dr. Jürgen Bloech (Universität Göttingen) Prof. Dr. Gerold Blümle (Universität Freiburg) Prof. Dr. Ulrich Blum (Technische Universität Dresden) Prof. Dieter Bögenhold, Ph.D. (Universität des Saarlandes, Saarbrücken) Prof. Dr. Dieter Bökemann (Technische Universität Wien) Prof. Dr. Friedel Bolle (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) Prof. Dr. Wilhelm Brandes (Universität Göttingen) Prof. Dr. Michael Braulke (Universität Osnabrück) Prof. Dr. Friedrich Breyer (Universität Konstanz) Prof. Dr. Johannes Bröker (Universität Kiel) Prof. Dr. Felix Büchel (Max-Planck-Institut

für Bildungsforschung, Berlin) Prof. Dr. Dietrich Budäus (Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik) Prof. Dr. Jörg Budde (Universität Bonn) Prof. Dr. Helmut Bujard (Fachhochschule Köln) Prof. Dr. Günter Buttler (Universität Erlangen-Nürnberg) Prof. Dr. Rolf Caesar (Universität Hohenheim) Prof. Dr. Dieter Cansier (Universität Tübingen) Prof. Dr. Uwe Cantner (Universität Jena) Prof. Dr. Volker Caspari (Technische Universität Darmstadt) Prof. Irwin Collier, Ph.D. (Freie Universität Berlin) Prof. Dr. Klaus Conrad (Universität Duisburg-Essen) Prof. Dr. Roland Conrady (Fachhochschule Worms) Prof. Dr. Helmut Cox (Universität Duisburg-Essen) Prof. Dr. Manfred Deistler (Technische Universität Wien) Prof. Dr. Kurt Demmer (Cheffolkswirt IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf) Prof. Dominique Demougins, Ph.D. (Humboldt-Universität zu Berlin) Prof. Dr. Dietrich Dickertmann

(Universität Trier) Prof. Dr. Günter Dlugos (Freie Universität Berlin) Prof. Dr. Hilmar Drygas (Universität Kassel) Christian Dustmann, Ph.D. (University College, London) Prof. Dr. Harald Dyckhoff (Technische Hochschule Aachen) Prof. Dr. Udo Ebert (Universität Oldenburg) Prof. Dr. Hans-Friedrich Eckey (Universität Kassel) Prof. Dr. Jürgen Eichberger (Universität Heidelberg) Prof. Dr. Norbert Eickhoff (Universität Potsdam) Prof. Dr. Roland Eisen (Universität Frankfurt/Main) Prof. Dr. Gunther Engelhardt (Universität Hamburg) Prof. Dr. Frank Englmann (Universität Stuttgart) Prof. Dr. Horst Entorf (Technische Universität Darmstadt) Prof. Dr. Georg Erdmann (Technische Universität Berlin) Prof. Dr. Matthias Erlei (Technische Universität Clausthal) Prof. Dr. Rolf Eschenburg (Universität Münster) Prof. Dr. Ralf Ewert (Universität Frankfurt/Main) Dr. Armin Falk

(Universität Zürich) Prof. Dr. Ulrich Fehl (Universität Marburg) Prof. Dr. Stefan Felder (Universität Magdeburg) Joachim Fels (Managing Director/Co-Head of European Economics, Morgan Stanley, London) Prof. Dr. Silvia Föhr (Universität Leipzig) Prof. Dr. Gernold Frank (Fachhochschule Technik und Wirtschaft Berlin) Prof. Dr. Günter Franke (Universität Konstanz) Prof. Dr. Siegfried Franke (Universität Stuttgart) Prof. Dr. Rainer Fremdling (Universität Groningen) Prof. Dr. Johannes Frerich (Universität Bonn) Dr. Guido Friebel (Universität Toulouse) Prof. Dr. Ralph Friedmann (Universität des Saarlandes, Saarbrücken) Prof. Dr. Michael Fritsch (Technische Universität Freiberg) Prof. Dr. Susanne Fuchs-Seliger (Universität Karlsruhe) Prof. Dr. Michael Funke (Universität Hamburg) Prof. Dr. Günter Gabisch (Universität Göttingen) Prof. Dr. Simon Gächter (Universität St.

Gallen) Prof. Dr. Wulf Gaertner (Universität Osnabrück) Prof. Dr. Heinz Galler (Universität Halle-Wittenberg) Prof. Dr. Oskar Gans (Universität Heidelberg) Prof. Dr. Thomas Gehrig (Universität Freiburg) Prof. Dr. Knut Gerlach (Universität Hannover) Daniel Gros, Ph.D. (Direktor Centre for European Policy Studies, Brüssel) Prof. Dr. Johannes Hackmann (Universität der Bundeswehr Hamburg) Prof. Dr. Gerd Hansen (Universität Kiel) Prof. Dr. Heinz-Dieter Harges (Universität Trier) Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D. (Universität München) Prof. Dr. Andreas Haufler (Universität München) Prof. Dr. Siegfried Heiler (Universität Konstanz) Prof. Dr. Hans-Rimbert Hemmer (Universität Giessen) Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke (Technische Universität Berlin) Prof. Dr. Roland Herrmann (Universität Giessen) Prof. Dr. Carsten Herrmann-Pillath (Universität Witten/Herdecke) Prof. Dr. Hel-

mut Hesse (Präsident Landeszentralbank Bremen/Niedersachsen/Sachsen-Anhalt i.R.) Prof. Dr. Klaus Hesse (Universität Kiel) Prof. Dr. Werner Hildenbrand (Universität Bonn) Prof. Dr. Lutz Hoffmann (Direktor Osteuropa-Institut München) Prof. Dr. Stefan Homburg (Universität Hannover) Prof. Dr. Lothar Hübl (Universität Hannover) Prof. Dr. Olaf Hübler (Universität Hannover) Dr. Martin Hüfner (Chefvolkswirt HypoVereinsbank, München) Prof. Dr. Reinhard Hujer (Universität Frankfurt/Main) Prof. Dr. Gerhard Illing (Universität München) Prof. Dr. Klaus-Dieter Jacob (Fachhochschule Dortmund) Prof. Dr. Klaus Jaeger (Freie Universität Berlin) Prof. Dr. Hans-Joachim Jarchow (Universität Göttingen) Prof. Dr. Alexander Karmann (Technische Universität Dresden) Prof. Dr. Karl-Heinz Ketterer (Universität Karlsruhe) Prof. Dr. Christian Keuschnigg (Universität St. Gallen) Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner (Universität St. Gallen) Dr. Roland Kirstein (Universität des Saarlandes, Saarbrücken) Prof. Dr. Klaus-Peter Kistner (Universität Bielefeld) Prof. Stephan Klasen, Ph.D. (Universität München) Prof. Dr. Gerhard Kleinhenz (Universität Passau) Prof. Dr. Paul Klemmer (Ruhr-Universität Bochum; Präsident Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen/RWI i.R.) Prof. Dr. Henning Klodt (Leiter Abteilung „Wachstum, Strukturwandel und internationale Arbeitsteilung“, Institut für Weltwirtschaft/IfW, Universität Kiel) Prof. Dr. Günter Knieps (Universität Freiberg) Prof. Dr. Ulrich Koester (Universität Kiel) Prof. John Komlos, Ph.D. (Universität München) Prof. Dr. Manfred Königstein (Universität Erfurt) Prof. Dr. Kai Konrad (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung/WZB; Freie Universität Berlin) Prof. Dr. Hugo Kossbiel (Universität Frankfurt) Prof. Dr. Matthias Kräkel (Universität Bonn) Prof. Dr. Walter Krämer (Universität Dortmund) Prof. Dr. Kornelius Kraft (Universität Dortmund) Prof. Dr. Jan Krahen (Direktor Center for Financial Studies, Universität Frankfurt/Main) Prof. Dr. Wilhelm Krelle (Universität Bonn) Prof. Dr. Gerd Krol (Universität Münster)

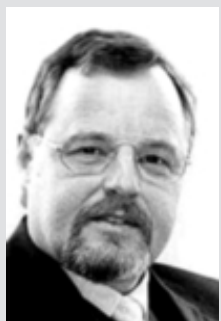
Prof. Dr. Stefan Kronenberger (Fachhochschule Ludwigshafen am Rhein/Hochschule für Wirtschaft) Prof. Dr. Barbara Krug (Universität Rotterdam) Prof. Dr. Lutz Kruschwitz (Freie Universität Berlin) Prof. Dr. Jörn Kruse (Universität der Bundeswehr Hamburg) Prof. Dr. Hans-Ulrich Kupper (Universität München) Prof. Dr. Martin Kukuk (Universität Würzburg) Prof. Dr. Oskar Kurer (Universität Erlangen-Nürnberg) Prof. Dr. Oliver Landmann (Universität Freiburg) Prof. Dr. Michael Lederer (Fachhochschule Furtwangen) Prof. Hartmut Lehmann, Ph.D. (Heriot-Watt University, Edinburgh) Prof. Dr. Wolfgang Leininger (Universität Dortmund) Prof. Dr. Robert Leu (Universität Bern) Prof. Dr. Klaus Locher (Fachhochschule Kehl) Prof. Dr. Horst Löchel (Hochschule für Bankwirtschaft, Frankfurt/Main) Prof. Dr. Hartmut Löffler (Hochschule für Gestaltung, Technik und Wirtschaft, Pforzheim) Prof. Dr. Karl Lohmann (Technische Universität Bergakademie Freiberg) Prof. Dr. Helmut Lütkepohl (European University Institute, Florenz) Prof. Dr. Thomas Lux (Universität Kiel) Prof. Dr. Wolfgang Maennig (Universität Hamburg) Prof. Dr. Dalia Marin (Universität München) Prof. Dr. Franz Marx (Universität Bremen) Dr. Jürgen Meckl (Universität Konstanz) Prof. Dr. Georg Meran (Universität Köln) Prof. Dr. Bernd Meyer (Universität Osnabrück) Prof. Dr. Wolfgang Meyer (Universität Hannover) Prof. Dr. Jochen Michaelis (Universität Kassel) Prof. Dr. Meinhard Miegel (Leiter Institut für Wirtschaft und Gesellschaft e.V. Bonn/IWG Bonn) Prof. Dr. Otto Moeschlin (Fern-Universität Hagen) Prof. Dr. Josef Molsberger (Universität Tübingen) Prof. Dr. Karl Mosler (Universität Köln) Prof. Dr. Klaus Müller (Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung e.V./ZALF, MÜNCHEN) Prof. Dr. Heiner Müller-Merbach (Universität Kaiserslautern) Prof. Dr. Uwe Mummert (Fachhochschule Nürnberg) Prof. Dr. Reinhard Neck (Universität Klagenfurt) Prof. Dr. Hans Nutzinger (Universität Kassel)

Prof. Dr. Peter Oberender (Universität Bayreuth) Prof. Dr. Renate Ohr (Universität Göttingen) Prof. Dr. Margit Osterloh (Universität Zürich) Prof. Dr. Notburga Ott (Ruhr-Universität Bochum) Prof. Dr. Franz Palm (Universität Maastricht) Prof. Dr. Kees van Paridon (Universität Rotterdam) Prof. Dr. Wolfgang Patzig (Hochschule Magdeburg-Stendal/FH) Dr. Burkhard Pedell (Universität München) Prof. Dr. Franz Peren (Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg) Prof. Dr. Hans-Georg Petersen (Universität Potsdam) Prof. Dr. Rüdiger Pethig (Universität Siegen) Prof. Dr. Andreas Pfingsten (Universität Köln) Prof. Dr. Arnold Picot (Universität München) Prof. Dr. Toni Pierenkemper (Universität Köln) Prof. Jörn-Steffen Pischke, Ph.D. (London School of Economics) Prof. Dr. Rüdiger Pohl (Präsident Institut für Wirtschaftsforschung Halle/IWH, Universität Halle-Wittenberg) Prof. Dr. Günter Poser (Technische Universität Darmstadt) Prof. Dr. Heinz Preusse (Universität Tübingen) Prof. Dr. Erich Prieuwater (Universität Marburg) Prof. Sven Rady, Ph.D. (Universität München) Prof. Dr. Bernd-Thomas Ramb (Universität Siegen) Ulrich Ramm (Chefvolkswirt Commerzbank, Frankfurt/Main) Prof. Dr. Michael Rauscher (Universität Rostock) Prof. Stefan Reichelstein, Ph.D. (Graduate School of Business, Stanford University) Prof. Dr. Franco Reither (Universität der Bundeswehr Hamburg) Prof. Dr. Till Requate (Universität Kiel) Prof. Dr. Rudolf Richter (Universität des Saarlandes, Saarbrücken) Prof. Dr. Wolfram Richter (Universität Dortmund) Prof. Regina Riphahn, Ph.D. (Universität Basel) Prof. Lars-Hendrik Röller, Ph.D. (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung/WZB; Humboldt-Universität zu Berlin) Prof. Dr. Ralph Rotte (Technische Hochschule Aachen) Prof. Dr. Horst Rottmann (Fachhochschule Amberg-Weiden) Prof. Dr. Karlheinz Ruckriegel (Fachhochschule Nürnberg) Prof. Dr. Bernd Rudolph (Universität München) Prof. Dr. Gerhard Rübel (Universität Göttingen) Dr. Jürgen Schaaf (Senior Economist, Deutsche Bank, Frankfurt/Main) Prof. Dr. Hans-Bernd

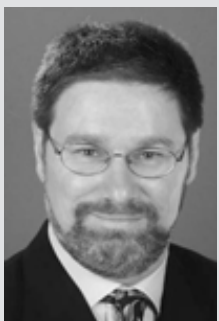
Schäfer (Universität Hamburg) Prof. Dr. Wolf Schäfer (Universität der Bundeswehr Hamburg) Prof. Dr. Bernd Schauenberg (Universität Freiburg) Prof. Dr. Bertram Scheffold (Universität Frankfurt/Main) Prof. Dr. Ulrich Schempp (Fachhochschule Stralsund) Prof. Dr. Wolfgang Scherf (Universität Giessen) Prof. Dr. Hermann Scherl (Universität Erlangen-Nürnberg) Prof. Dr. Ulf Schiller (Universität Bern) Prof. Dr. Bernd Schips (Eidgenössische Technische Hochschule Zürich) Prof. Karl Schlag, Ph.D. (European University Institute, Florenz) Prof. Dr. Otto Schlecht (Ehrenvorsitzender Ludwig Erhard-Stiftung, Bonn) Prof. Dr. Michael Schmid (Universität Bamberg) Prof. Dr. Thomas Schmid-Schönbein (Fachhochschule Lausitz, Senftenberg) Prof. Dr. Klaus Schmidt (Universität München) Prof. Dr. Claus Schnabel (Universität Erlangen-Nürnberg) Prof. Dr. Reinhold Schnabel (Universität Essen) Prof. Dr. Dieter Schneider (Ruhr-Universität Bochum) Dr. Hilmar Schneider (Direktor für Arbeitsmarktpolitik, Institut zur Zukunft der Arbeit/IZA, Bonn) Prof. Dr. Friedrich Schneider (Universität Linz) Prof. Dr. Monika Schnitzer (Universität München) Prof. Dr. Detlef Schöden (Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung/Otto-Beisheim-Hochschule, Vallendar) Prof. Dr. Ronnie Schöb (Universität Magdeburg) Prof. Dr. Klaus Schredelseker (Universität Innsbruck) Prof. Dr. Georg Schreyögg (Freie Universität Berlin) Prof. Dr. Alfred Schüller (Universität Marburg) Prof. Dr. J. Matthias Graf von der Schulenburg (Universität Hannover) Prof. Dr. Urs Schweizer (Universität Bonn) Prof. Dr. Gerhard Schwödiauer (Universität Magdeburg) Prof. Dr. Franz Seitz (Fachhochschule Amberg-Weiden) Prof. Dr. Helmut Seitz (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) Prof. Dr. Reinhard Selten (Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften; Universität Bonn) Prof. Dr. Theodor Siegel (Humboldt-Universität zu Berlin) Prof. Dr. Norbert Simon (Geschäftsführender Gesellschafter, Verlag Duncker & Humblot, Berlin) Prof. Dennis Snower, Ph.D. (Birkbeck

College, London) Prof. Dr. Karl Socher (Universität Innsbruck) Prof. Dr. Rüdiger Soltwedel (Leiter Abteilung „Raumwirtschaft“, Institut für Weltwirtschaft/IfW, Universität Kiel) Prof. Dr. Manfred Sommer (Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik) Prof. Dr. Heinz-Peter Spahn (Universität Hohenheim) Prof. Dr. Reinhard Spree (Universität München) Prof. Dr. Dirk Standop (Universität Osnabrück) Prof. Dr. Joachim Starbatty (Universität Tübingen; Vorsitzender Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft) Prof. Dr. Werner Steden (Freie Universität Berlin) Prof. Dr. Richard Stehle (Humboldt-Universität zu Berlin) Prof. Dr. Otto Steiger (Universität Bremen) Prof. Dr. Viktor Steiner (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung/DIW Berlin; Freie Universität Berlin) Prof. Dr. Alfred Steinherr (Chefvolkswirt European Investment Bank, Luxemburg) Prof. Dr. Gunter Steinmann (Universität Halle-Wittenberg) Prof. Dr. Volker Steinmetz (Universität des Saarlandes, Saarbrücken) Prof. Dr. Thomas Straubhaar (Präsident Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv/HWWA; Universität Hamburg) Prof. Dr. Hannes Streim (Ruhr-Universität Bochum) Prof. Dr. Manfred Streit (Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen, Jena) Prof. Dr. Ulrich van Suntum (Universität Münster) Prof. Dr. Norbert Szyperki (Universität Köln) Prof. Dr. Ernst-Ludwig von Thadden (Universität Lausanne) Prof. Dr. Erik Theissen (Universität Bonn) Prof. Dr. Theresia Theurl (Universität Münster) Prof. Dr. Norbert Thom (Universität Bern) Prof. Dr. Manfred Tietzel (Universität Duisburg-Essen) Prof. Dr. Georg Tillmann (Universität Mainz) Prof. Dr. Dieter Timmermann (Rektor Universität Bielefeld) Prof. Dr. Thunselda Tivig (Universität Rostock) Prof. Dr. Richard Tol (Universität Hamburg) Prof. Dr. Horst Tomann (Freie Universität Berlin) Prof. Dr. Walter Trockel (Universität Bielefeld) Prof. Dr. Götz Uebe (Universität der Bundeswehr Hamburg) Prof. Dr. Viktor Vanberg (Universität Freiburg) Prof. Dr. Wolfgang Veit (Fachhochschule

Köln) Prof. Dr. Arnis Vilks (Rektor Handelshochschule Leipzig) Prof. Dr. Uwe Vollmer (Universität Leipzig) Prof. Dr. Hans-Jürgen Vosgerau (Universität Konstanz) Prof. Dr. Hans-Jürgen Wagener (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder) Prof. Dr. Gerhard Wagenhals (Universität Hohenheim) Prof. Dr. Franz Wagner (Universität Tübingen) Prof. Dr. Helmut Wagner (Fern-Universität Hagen) Prof. Dr. Joachim Wagner (Universität Lüneburg) Prof. Dr. Johann Walter (Fachhochschule Gelsenkirchen) Prof. Dr. Norbert Walter (Chefvolkswirt Deutsche Bank, Frankfurt/Main) Prof. Dr. Uwe Walz (Universität Frankfurt/Main) Prof. Dr. Alfons Weichenrieder (Universität Frankfurt/Main) Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker (Universität Köln) Prof. Dr. Paul Welfens (Universität Wuppertal; Präsident Europäisches Institut für internationale Wirtschaftsbeziehungen/EIWW) Prof. Dr. Dietmar Wellisch (Universität Magdeburg) Prof. Dr. Heinz Welsch (Universität Oldenburg) Prof. Dr. Alois Wenig (Universität Halle-Wittenberg) Prof. Dr. Heinz-Dieter Wenzel (Universität Bamberg) Prof. Dr. Bengt-Arne Wickström (Humboldt-Universität zu Berlin; Vizepräsident Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung/DIW Berlin) Prof. Dr. Susanne Wied-Neubling (Universität Köln) Prof. Dr. Josef Wieland (Fachhochschule Konstanz) Prof. Dr. Volker Wieland (Universität Frankfurt/Main) Prof. Dr. Harald Wiese (Universität Leipzig) Prof. Dr. Olaf Winkelhake (Fachhochschule Koblenz/RheinAhrCampus Remagen) Prof. Dr. Helmut Winter (Direktor Berufsakademie Ravensburg) Prof. Dr. Eberhard Witte (Universität München) Prof. Dr. Hans-Werner Wohltmann (Universität Kiel) Prof. Dr. Walburga von Zameck (Universität der Bundeswehr München) Prof. Dr. Ekkart Zimmermann (Technische Universität Dresden) Prof. Dr. Heinz Zimmermann (Universität Basel) Prof. Dr. Horst Zimmermann (Universität Marburg)



Rüdiger Pohl



Lars-Hendrik Röller



Monika Schnitzer



Reinhard Selten



Thomas Straubhaar



C. Christian von Weizsäcker

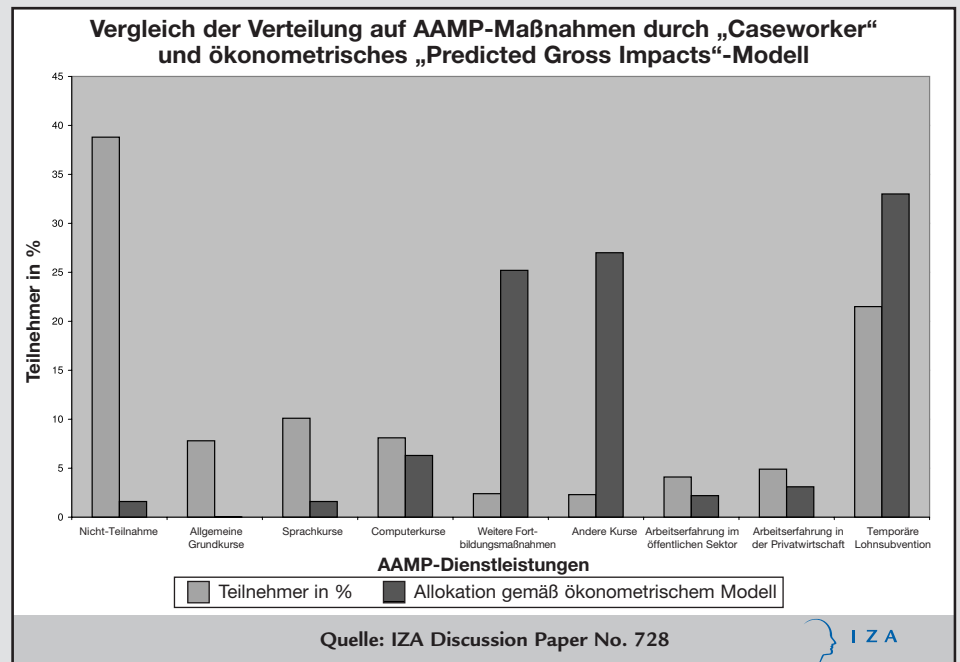
Mit verbesserter Einzelfallbetreuung aus der Vermittlungskrise auf dem Arbeitsmarkt? Das Beispiel des Schweizer „Caseworker“-Systems

Die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt spielt eine zentrale Rolle in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Berechtigte Zweifel an der Effizienz der in Deutschland von der Bundesanstalt von Arbeit bereitgestellten öffentlichen Vermittlungsangebote boten Anlass genug, die „Hartz-Kommission“ mit der Erarbeitung von Reformvorschlägen zu beauftragen. Einer der aus den Expertenvorschlägen hervorgegangenen Reformbausteine fokussiert auf das Konzept des „Case Managements“ und sieht in der kontinuierlichen individuellen Beratung, Motivation aber auch Kontrolle von Arbeitssuchenden durch persönliche, kundenorientiert arbeitende Betreuer einen erfolgversprechenden Weg zu einer rascheren Reintegration in den Arbeitsmarkt. Dabei kann sowohl auf Erfahrungen zahlreicher deutscher Kommunen zurückgegriffen werden, die eine gezielte Einzelfallbetreuung von Sozialhilfebereitern bereits seit längerem praktizieren, als auch das Vorbild vergleichbarer Regelungen etwa in der Schweiz als Orientierungsmarke dienen.

Naturgemäß ist ein solches System des Case Management ressourcenintensiv. Eine neue IZA-Studie von *Michael Lechner* (Universität St. Gallen) und *Jeffrey A. Smith* (University of Maryland) geht deshalb am Beispiel des Schweizer Arbeitsmarkts der Frage nach, inwieweit es dem Vermittlungsprozess tatsächlich förderlich und das Resultat den beträchtlichen Aufwand wert ist. Konkret wird die Verteilung von Arbeitslosen auf verschiedene Programme der aktiven Arbeitsmarktpolitik (AAMP) lokaler Arbeitsämter in der Schweiz im Jahr 1998 untersucht. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Untersuchung, ob Caseworker ihre Klienten so auf Maßnahmen und Programme verteilen, dass deren zukünftige Beschäftigungsaussichten maximiert werden. Die Studie vergleicht unter anderem die Effizienz des Caseworker-Systems mit jener alternativer Verteilungsmechanismen und gelangt mitunter zu einigen unerwarteten Erkenntnissen (*Michael Lechner/ Jeffrey A. Smith, What is the Value Added by Caseworkers?, IZA Discussion Paper No. 728*).

Aktive Arbeitsmarktpolitik in der Schweiz

Die Schweiz ist einzigartig in Europa, was ihre vergleichsweise sehr niedrige Arbeitslosigkeit angeht. So überschritt die Schweizer Arbeitslosenquote in den 70er und 80er Jahren nie die 1,1%-Marke. Im Laufe der 90er Jahre verzeichnete sie dann allerdings einen sprunghaften Anstieg und erreichte mit 5,2% im Jahre 1997 ihren absoluten Höhepunkt. Dieses, obschon vor dem Hintergrund gesamteuropäischer Standards relativ niedrige Niveau der Arbeitslosigkeit veranlasste die Schweizer Regierung dazu, ab Mitte der 90er Jahre eine Serie von Reformen im Bereich der Arbeitslosengesetzgebung auf den Weg zu bringen und Strategien zur aktiven Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln (siehe auch „Arbeitslosigkeit von Gering-



qualifizierten – Sonderfall Schweiz?“, *IZA Compact April/Mai 2003*).

Seit 1996 sind Schweizer Arbeitslose verpflichtet an Beschäftigungs- und Fortbildungsprogrammen teilzunehmen, sobald sie 150 Tage (30 Wochen) ohne Arbeit sind. Diese Programme umfassen drei Kategorien: (1) verschiedene Fortbildungsmaßnahmen mit einer Zeitdauer von bis zu sechs Monaten, (2) sechsmonatige Arbeitseinsätze in Positionen innerhalb des öffentlichen und privaten Sektors, die speziell für diesen Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik konzipiert wurden und Berufserfahrung vermitteln sollen sowie (3) Lohnsubventionen für eine temporäre Beschäftigung im Privatsektor. Anders als in Deutschland beinhalten die Fortbildungskurse der Schweizer AAMP keine Umschulungsmaßnahmen, sondern lediglich Weiterbildungsprogramme innerhalb des erlernten Berufsbildes. Teilnehmer an Schweizer Beschäftigungsprogrammen sind dazu verpflichtet ihre Arbeitssuche während der Laufzeit des Programms fortzusetzen und angemessene Stellenangebote anzunehmen.

Das Lohnniveau der Beschäftigungsprogramme kann theoretisch über jenes der Arbeitslosenunterstützung hinausgehen, tut dies aber in der Praxis nur selten. Weder Fortbildungsmaßnahmen noch Beschäftigungsprogramme resultieren in einem erneuten bzw. verlängerten Anspruch der Teilnehmer auf Arbeitslosenunterstützung. Die zeitlich begrenzten Lohnsubventionen sind formell kein Teil der aktiven Arbeitsmarktpolitik, werden in der Praxis aber so behandelt. Die Bandbreite der Programme, die in der Schweiz angeboten werden, ähnelt jener in anderen Industriestaaten. Mit Ausnahme der

Lohnsubventionen für temporäre Jobs ist das Schweizer AAMP-Modell demnach seinem deutschen Gegenüber sehr ähnlich.

Funktionsweise des Caseworker-Systems

Das im Schweizer Caseworker-System realisierte Allokationsmodell basiert auf der Vorstellung, dass eine optimale Platzierung einer Person in einem Fortbildungs- oder Beschäftigungsprogramm, bzw. die Rückführung in den Arbeitsmarkt, Kenntnis über die individuellen Charakteristika dieser Person, den lokalen Arbeitsmarkt und lokale AAMP-Dienstleister voraussetzt. Gemeinsam kommen der arbeitslose Klient und sein Betreuer zu einer Übereinkunft über das sinnvolle Ausmaß an individueller Unterstützung im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Diese zu beziehenden Leistungen orientieren sich sowohl an den Interessen der Person, einer individuellen Beurteilung seiner oder ihrer Fähigkeiten durch den Caseworker und der Verfügbarkeit von relevanten aktiven Arbeitsmarktprogrammen in der Region.

Die Studie nimmt eine Bewertung dieses Vermittlungssystems im Vergleich zu alternativen Methoden vor, die prinzipiell beispielsweise darin bestehen könnten, Vermittlungen in bestimmte Maßnahmen nach dem Zufallsprinzip vorzunehmen oder aber auf ein „deterministic assignment“ abzustellen, das die Form der Betreuung strikt an der vorher identifizierten Gruppenzugehörigkeit festmacht. Eine weitere, derzeit unter anderem in den USA praktizierte Alternative besteht in der Anwendung statistischer „treatment rules“, um Individuen in Förderprogrammen zu platzieren. Diese Methode wird auch häufig als „profiling“ oder „targeting“ bezeichnet; sie

basiert auf statistischen Prognosen in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Arbeitslosenhilfeempfänger seine Bezüge voll „ausnutzen“ wird oder wie lange seine gesamte Bezugsdauer potenziell sein könnte. Anspruchsteller, bei denen es der Prognose zufolge mit sehr großer Wahrscheinlichkeit zu einer Vollausschöpfung (oder zumindest einer beträchtlichen Bezugslaufzeit) der Arbeitslosenunterstützung kommen wird, werden demnach Beschäftigungs- und Fortbildungsprogrammen zugeteilt, während diejenigen mit einer geringeren statistischen Wahrscheinlichkeit leer ausgehen. Diese Vorgehensweise verordnet Maßnahmen basierend auf einer Ergebnisprognose für den Fall eines Ausbleibens von Förderprogrammen, anstelle einer Prognose in Bezug auf den potenziellen Effekt einer Fördermaßnahme.

Schweizer Caseworker betreuen jeweils zwischen 75 und 150 Klienten, von denen sie jeden Einzelnen einmal im Monat zu einem eingehenden Interview treffen. Dies stellt deutlich mehr persönlichen Kontakt zwischen Caseworker und Arbeitssuchendem dar als dies in anderen Ländern üblich ist. Schweizer Caseworker haben so die Möglichkeit eine große Fülle von Informationen über die Bedürfnisse und Fähigkeiten ihres Klienten zu erlangen – Informationen, die es ihnen in der Theorie ermöglichen sollten den Arbeitssuchenden auf eine effektive Art und Weise in den Arbeitsmarkt zu vermitteln oder aber einem adäquaten Förderprogramm zuzuteilen. Berücksichtigt man den Umfang der Informationen, die sie über ihre Klienten besitzen, und die Flexibilität des dezentralisierten Schweizer Arbeitsmarktmodells, entsteht die Erwartung, in der Schweiz eine überdurchschnittlich hohe, Maßstäbe setzende Ver-

mittlungserfolgsquote vorzufinden. Die IZA-Studie lässt allerdings einen anderen Rückschluss zu. Obwohl Schweizer Caseworker die Flexibilität nutzen, die ihnen das Schweizer System bietet, um eine große Zahl von Arbeitslosen auf die gesamte Bandbreite von Fortbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen zu verteilen und dabei auch Rücksicht auf individuelle Charakteristika nehmen, tragen sie offenbar kaum zur Qualitätssteigerung der Vermittlung bei. Basierend auf den statistischen Daten von 19.000 Arbeitslosen der Altersgruppe 25-55 und ihrem Beschäftigungsstatus ein Jahr nach Beginn eines AAMP-Programms, zeigen die vorliegenden Forschungsergebnisse, dass die Bemühungen der Schweizer Caseworker keinen nennenswerten Einfluss auf die Beschäftigungschancen der Klienten ausüben, auch wenn die Ernsthaftigkeit des Engagements unterstellt wird. Der IZA-Untersuchung zufolge ist das Caseworker-System der Schweiz scheinbar genauso effizient wie eine Allokation nach dem Zufallsprinzip und sogar etwas weniger effizient als eine Zuordnung durch ein ökonomisches „Profiling“-System. Die Abbildung (S. 4) zeigt eine deutliche Diskrepanz zwischen dem – weniger effizienten – Allokationsmuster im Zuge einer Platzierung durch Caseworker und einem Allokationsmuster, das auf ein ökonomisches „Profiling“-System zurückgeht.

Fazit

Hervorzuheben ist, dass diese Analyse lediglich einen Ausschnitt aus dem Wirkungskreis des Caseworker-Systems zum Gegenstand hat. Caseworker üben durchweg – nicht nur in der Schweiz – eine Reihe zusätzlicher Funktionen aus, deren Effekt nicht Forschungsgegenstand dieser Untersuchung war. Dazu zählt die Überwachung Arbeitsloser während der

Betreuungsphase, die Ermutigung zur eigenständigen Arbeits- oder Weiterbildungssuche, die Pflege eines persönlichen Netzwerkes mit Arbeitgebern, um die Schaffung von temporären, subventionierten Stellen im Rahmen der AAMP zu sichern sowie das Aufrechterhalten eines hohen Informationsstandes in Bezug auf lokale Fortbildungsmöglichkeiten.

Gleichwohl legen die Ergebnisse der Studie nahe, dass Ergebnisverbesserungen bei der Platzierung von Arbeitslosen in AAMP-Maßnahmen mit Blick auf eine höhere Beschäftigungswahrscheinlichkeit im Anschluss an die durchlaufende Maßnahme erreicht werden können, indem den subjektiven Beurteilungen durch Caseworker ökonomische Prognosen bei der Auswahl geeigneter Programme zur Seite gestellt werden. Für die Forschung sollte dies Anlass genug sein ihre Bemühungen in diesem Bereich, gerade im Hinblick auf eine Kosten-Nutzen-Analyse alternativer Programme, zu intensivieren. Die Studie wirft außerdem die Frage auf, ob Caseworker nicht zusätzliches Training erhalten sollten, um ihre Effizienz bei der erfolgsorientierten Allokation von Arbeitslosen in AAMP Maßnahmen zu steigern.

In Bezug auf Deutschland geben die Ergebnisse der IZA-Studie Anlass, vor übersteigerten Erwartungen hinsichtlich einer Reform der Vermittlung im Sinne der Einführung von Case Management-Mechanismen zu warnen. Zwar kann dies zu einer Effizienzsteigerung beitragen; eine entscheidende Verbesserung der Wiedereingliederungschancen von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt lässt sich jedoch durch dieses Instrumentarium nicht erreichen. Sie bedarf vor allem der Schaffung intelligenter Anreize zur Arbeitsaufnahme, wie sie etwa das vom IZA favorisierte Workfare-Konzept (siehe IZA Compact April/Mai 2003) vorsieht.

Namhafte Ökonomen für IZA Prize in Labor Economics nominiert – IZA Prize Committee vor Entscheidung über Preisträger 2003



Klaus F. Zimmermann



George A. Akerlof



Gary S. Becker



James J. Heckman



Gerard A. Pfann

Das IZA dankt allen IZA Research Fellows für die rege Teilnahme am diesjährigen Nominierungsverfahren zum IZA Prize in Labor Economics. In diesen Tagen trifft das IZA Prize Committee, in dem neben IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann die drei Nobelpreisträger George A. Akerlof (University of California, Berkeley), Gary S.

Becker (University of Chicago) und James J. Heckman (University of Chicago) sowie Gerard A. Pfann (Universität Maastricht) vertreten sind, seine Entscheidung über den Preisträger 2003. Zur Auswahl stehen wie im vergangenen Jahr zahlreiche international renommierte Arbeitsökonominnen. Es gilt, einen würdigen Nachfolger für den

ersten Träger des IZA Prize in Labor Economics, Jacob Mincer (Columbia University, New York), zu finden. Das IZA wird den Namen des Preisträgers gesondert bekannt geben. Die feierliche Preisverleihung findet am 22. September 2003 in Berlin statt. Alle IZA Research Fellows sind herzlich dazu eingeladen.

Zeitliche Begrenzung des Sozialhilfebezugs und Steuer-rückerstattungen für Geringverdiener: Sinnvolle Maßnahmen zur Senkung der Zahl der Sozialhilfeempfänger?

Eine kürzlich erschienene Studie von IZA Research Fellow *Jeffrey Grogger* (University of California, Los Angeles) untersucht die Wirkung einer zeitlichen Befristung des Sozialhilfebezugs, von Steuerrückerstattungen (EITC: Earned Income Tax Credit) und anderen politischen Maßnahmen auf die Einkommens- und Beschäftigungssituation von Sozialhilfeempfängern in den USA. Dabei konzentriert sich die Analyse auf Haushalte allein erziehender Mütter – die Hauptzielgruppe der direkten finanziellen Unterstützung seitens der amerikanischen Sozialgesetzgebung. Die vorgelegte Untersuchung ist die erste ihrer Art, die die Auswirkung des EITC auf den Bezug von Sozialhilfe abschätzt und den Einfluss dieser steuerpolitischen Maßnahme auf das Einkommen der Betroffenen untersucht (*Jeffrey Grogger, The Effects of Time Limits, the EITC, and Other Policy Changes on Welfare Use, Work and Income Among Female-headed Families, in: The Review of Economics and Statistics, 85(2), S. 394-408/IZA Reprint No. 190*).

Die Ergebnisse der nun vorgelegten, auf einer im März 2003 stattgefundenen Bevölkerungserhebung in den USA basierenden Studie Groggers bestätigen dies. Demnach sind rund 13 Prozent des zu verzeichnenden Rückgangs beim Sozialhilfebezug und etwa 7 Prozent des Beschäftigungsanstiegs seit 1993 auf die Einführung von Zeitbegrenzungen zurück zu führen. Allerdings konnte kein signifikanter Effekt auf die Einkommensentwicklung nachgewiesen werden. Deutlich wird darüber hinaus, dass insbesondere die EITC-Maßnahmen eine wichtige Rolle sowohl bei der Reduzierung der Anzahl der Sozialhilfeempfänger als auch in Bezug auf Arbeitskräfteangebot, Beschäftigungs- und Lohnentwicklung spielen.

Zeitbegrenzungen verringern die Zahl der Sozialhilfeempfänger

Im Detail gelangt die Studie zu dem Ergebnis, dass die zeitliche Befristung des Sozialhilfe-

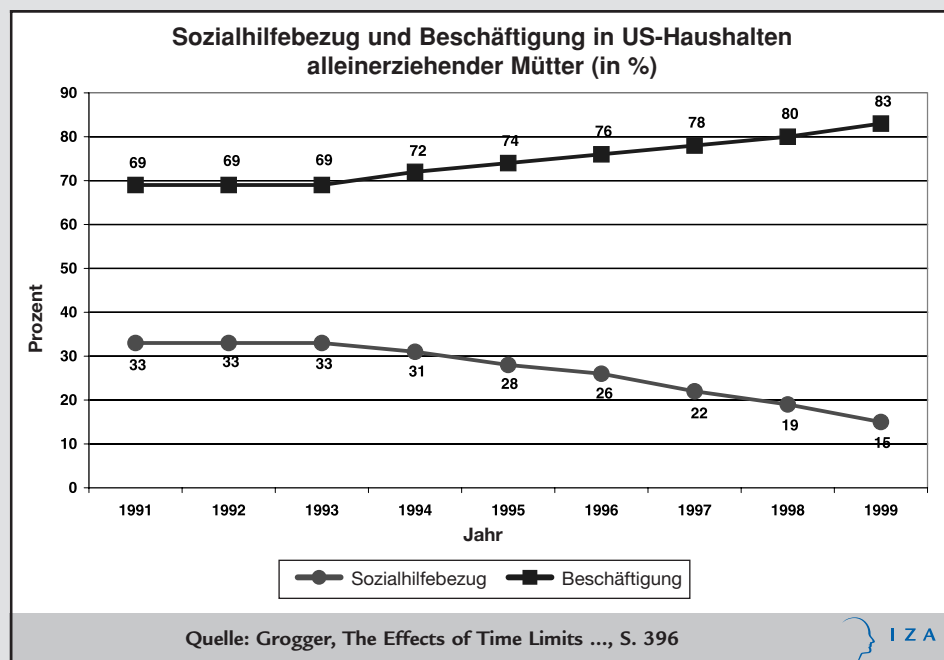
schlechteren „Job-Matches“ führen; dies tangiert potenziell sowohl die Dauer des Arbeitsverhältnisses als auch die Höhe des Einkommens.

Aus der Betrachtung der Gesamtwirkungen auf die Situation der Betroffenen im Falle der zeitlichen Begrenzung des Sozialhilfebezugs lassen sich folgende Schlüsse ziehen: Zwar hat die eingeschränkte Bezugsdauer starken Einfluss auf die Inanspruchnahme von Sozialhilfe und die Beschäftigungsaufnahme, die Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot sind jedoch gering, und der Effekt auf die Einkommensentwicklung ist kaum nachweisbar. Dies lässt sich wiederum als Folge einer „überhasteten“ Jobsuche interpretieren.

EITC-Steuerergünstigungen erklären geringere Zahl von Sozialhilfeempfängern

Ein weiteres Ziel der Studie bestand darin, die Auswirkungen von Steuerergünstigungen nach dem EITC-Prinzip zu untersuchen. Die Ergebnisse zeigen auch hier einen erheblichen Einfluss der politischen Maßnahme auf das Verhalten der Individuen. Wie Groggers Analysen belegen, hat das EITC-Programm eine besonders große Bedeutung hinsichtlich des Rückgangs der Zahl der Sozialhilfeempfänger in der Gruppe der allein erziehenden Mütter bei einem gleichzeitigen Beschäftigungs- und Einkommensanstieg in den letzten Jahren entfalten können. Gegenüber dem Effekt, den Zeitbegrenzungen beim Sozialhilfebezug und das EITC-Programm zeitigen, führen andere Reformen zu einem ungleich geringeren Nettoeffekt auf die Inanspruchnahme von Sozialhilfe.

Im Ganzen deuten die Untersuchungsergebnisse darauf hin, dass Zeitbegrenzungen diejenigen Familien durch die Stimulierung von Eigeninitiative aus der Sozialhilfe herausführen, die zuvor Arbeit und Sozialhilfe als Einkommensquelle kombiniert haben. Steuerergünstigungen nach dem EITC-Prinzip zeigten dagegen gleich starke Auswirkungen sowohl auf die Sozialhilfe als auch auf die Beschäftigung. Das lässt den Schluss zu, dass mit diesem Instrument überwiegend bislang nicht erwerbstätige Familien in den Arbeitsmarkt (re-)integriert werden. Auch nach den Studien Groggers bleibt ein weites Forschungsfeld zu bestellen. Um die Auswirkungen der Sozialhilfereform in ihrer Gänze beurteilen zu können, bedarf es näherer Informationen zu deren Einfluss auf die Situation von Kindern in armen Familien. Ferner sollte der Einfluss anderer spezifischer Reformen berücksichtigt werden. Dazu gehören etwa Reformen im Bereich der Arbeitsanforderungen, der Sanktionspolitiken und reduzierter Freibetragsgrenzen bei Transferleistungen. Gleichwohl veranschaulichen die aktuellen Forschungsergebnisse die Sinnfälligkeit einer Politik zur Stärkung der Arbeitsanreize durch Sozialhilfereformen.



Die zeitliche Befristung des Sozialhilfebezugs stellt die einschneidendste Reform in der US-Sozialhilfepolitik der 1990er Jahre dar. Im Rahmen der 1996 eingeführten Gesetzgebung erhalten Familien im Regelfall maximal 60 Monate Sozialhilfe für ihre minderjährigen Kinder. Viele Bundesstaaten haben sogar noch kürzere Bezugszeiten eingeführt. Im Gegensatz zu früheren Untersuchungen, die noch darauf hindeuteten, dass diese Reform kaum Einfluss auf die Inanspruchnahme von Sozialhilfe genommen habe, konnte eine andere Studie Groggers am Beispiel der Sozialhilfereform in Florida bereits aufzeigen, dass zeitliche Begrenzungen der Bezugsdauer von Sozialhilfe sehr wohl eine erhebliche Wirkung entfalten (*Jeffrey Grogger/Charles Michalopoulos, Welfare Dynamics under Times Limits, in: Journal of Political Economy, 111(3), S. 530-554*).

bezugs bei Familien zu Verhaltensänderungen führen kann. Bei Familien, deren jüngstes Kind 13 Jahre oder älter ist, stellt die Analyse zwar keinen erkennbaren Einfluss, sondern vielmehr die Tendenz fest, den ohnehin nur noch für maximal 5 Jahre, bis zum Erreichen der Volljährigkeit, möglichen Sozialhilfebezug auszuschöpfen. Dagegen wirkt sich die Zeitbegrenzung auf Familien mit deutlich jüngeren Kindern spürbar aus: Die Schätzungen ergeben, dass (im Vergleich zu Familien mit Kindern im oder über dem altersmäßigen „Grenzbereich“) die Sozialhilfe-Inanspruchnahme einer durchschnittlichen Familie, deren jüngstes Kind drei Jahre alt ist, um 6,6 Prozent sinkt, während zugleich die Beschäftigungsquote dieser Familien um 3,4 Prozent steigt. Allerdings kann die befristete Bezugsdauer zu „überhasteter“ Jobsuche und zu folglich

Arbeitsmarkt-Expertin der Grünen zu Gast im „IZA Tower Talk“

Als Gastreferentin des 2. IZA Tower Talk konnte *Hilmar Schneider*, IZA-Direktor für Arbeitsmarktpolitik, am 10. Juli 2003 *Thea Dückert*, *MdB* in Bonn begrüßen. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag analysierte in ihrem Vortrag die weitreichenden Reformnotwendigkeiten in Deutschland. Ihren Worten zufolge markieren die in der Agenda 2010 und der Gesetzgebung zur Umsetzung des Hartz-Konzepts zusammengefassten arbeitsmarktpolitischen Reformvorhaben lediglich den „Beginn umfassender Maßnahmen“ mit dem Ziel, neue Beschäftigungsperspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.

Der von den Gewerkschaften erhobene Vorwurf einer einseitigen Belastung einzelner



Thea Dückert

gesellschaftlicher Gruppen durch die anstehenden Reformen greife zu kurz, betonte Dückert. So würden unter anderem auch Beamte und Angestellte des Öffentlichen Dienstes in die anstehenden Reformen angemessen einbezogen, kündigte die grüne Spitzenpolitikerin an. „Die Bevölkerung ist weiter als die Politik, sie weiß, dass nur grundlegende Reformen am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen den Sozialstaat der Zukunft sichern können“, zeigte sich *Thea Dückert* überzeugt. Das Argument, die grünen Reformpositionen würden zwischen den aneinanderrückenden Volksparteien zerrieben, ließ sie nicht gelten. „Die Arbeitsmarktreform der Bundesregierung trägt eine klare grüne Handschrift“.

Mit dem Thema ihres Vortrages, „Solidarität in Bewegung – mehr Zugangsgerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt schaffen“, verwies Dückert auf den aktuellen Ansatz der Grünen zur

Neustrukturierung von Arbeitsmarkt und Sozialstaat, für den der Begriff „Flexicurity“ geprägt wurde. Dieses Konzept beinhalte die Forderung nach mehr Flexibilität, wolle dabei gesetzliche Regelungen zurückführen, Beschäftigungshürden abbauen und ein höheres Maß an Eigeninitiative der Arbeitslosen verlangen, stehe aber zugleich auch für die Bestandssicherung modifizierter sozialer Sicherungssysteme.

Als Beispiel für den Abbau von Privilegien und Beschäftigungshürden nannte Dückert die Neugestaltung der Handwerksordnung mit dem Meisterzwang, den die Bundesregierung auf wenige Branchen beschränken wolle. Mehr Flexibilität solle unter anderem durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erreicht werden. Durch diese Reform würden neben weniger Bürokratie und „entschlackten Instrumentenkästen“ insbesondere die Diskriminierung der Sozialhilfeempfänger abgebaut und „bestimmte Formen des Förderns und Forderns“ durchgesetzt. Ebenso würden damit die Kommunen entlastet, da das neue „Arbeitslosengeld II“ nicht mehr in ihre Finanzierungszuständigkeit falle.

Darüber hinaus unterstrich Frau Dückert die Notwendigkeit, den bedrohten Generationenvertrag nachhaltiger als bislang diskutiert zu stabilisieren. Hierzu sei auch ein Beitrag der jetzigen Rentnergeneration unerlässlich, um den Faktor Arbeit nicht immer weiter durch Abgaben zu belasten. Die Spirale von Beitragserhöhungen bei gleichzeitig schwindenden Aussichten auf eine adäquate Altersvorsorge dürfe sich nicht weiter drehen. „Das wäre ein falsches Verständnis von Solidarität“, argumentierte Dückert. Die „horrende Frühverrentungspraxis“ müsse beendet werden, zumal die frei werdenden Stellen oft nicht neu besetzt würden. Der demographische Wandel erfordere eine „Kultur der Altersarbeit“. Die Spitzenpolitikerin der Grünen sprach sich für die Schaffung einer Bürgerversicherung aus, in die alle Bevölkerungskreise einbezogen, und bei der gleichzeitig die Belastungen des Einzelnen deutlich gesenkt werden könnten.



Thea Dückert

Hilmar Schneider



Dr. Thea Dückert

- ▶ Diplom-Volkswirtin, Dr. rer. pol.
- ▶ Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1998
- ▶ stellvertretende Fraktionsvorsitzende und arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- ▶ ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Vor zu großen Erwartungen hinsichtlich einer raschen Wirkung der jetzt anstehenden Reformschritte warnte *Thea Dückert* angesichts der gegenwärtigen Konjunkturkrise allerdings auch. Zwar sei einiges bereits auf den Weg gebracht, aber man werde „hier und da nachjustieren müssen“, und insgesamt sei es „für die Zukunft damit längst noch nicht getan“. Im Übrigen verwies Frau Dückert auf das hohe Maß an politischer Verantwortung, dem auch die parlamentarische Opposition sowie der Bundesrat gerecht werden müssten.



Zweite Konferenz des „International Research Consortium in the Economics of Time Use“



Daniel Hamermesh

Vom 26-27. Mai 2003 fand die zweite Konferenz des „International Research Consortium in the Economics of Time Use“ statt. Zahlreiche renommierte Ökonomen aus Australien, Dänemark, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Spanien, Schweden, Großbritannien und den USA nutzten dieses Forum zur Präsentation aktueller Untersuchungen zur Zeitverwendung.

Datensätze zur Zeitverwendung werden mitunter von Wissenschaftlern, üblicherweise aber von Behörden in so genannten „Zeit-Budget“-Erhebungen erfasst. Hierzu werden von den Teilnehmern neben den üblichen demographischen und wirtschaftlichen Daten, Auskünfte zu ihrer Zeitverwendung gesammelt. Dies geschieht in Form von „Zeit-Tagebüchern“, in denen die Beschäftigungen eines jeden Tages festgehalten werden. Mit Hilfe dieses Instruments, das der Wissenschaft zunehmend häufiger zur Verfügung steht, lässt sich das Verhalten von Beschäftigten in Bezug auf eine Vielzahl von Sachverhalten genauer untersuchen.

Stephen Jenkins (University of Essex und IZA) und Lars Osberg (Dalhousie University) veranschaulichten anhand von britischen Längsschnitt-Datensätzen, dass Individuen eher zu Gemeinschaftsaktivitäten neigen, wenn sie in Kontakt mit Menschen stehen, die einen vergleichbaren demographischen Hintergrund haben. Diese Ergebnisse beinhalten wichtige Implikationen für die soziale Integration von Gemeinschaften.

Nina Smith, Nabanita Gupta und Jens Bonke (alle University of Aarhus) zeigten in ihrer Studie, dass der Einfluss der für Hausarbeit verwendeten Zeit auf die Einkommen des einzelnen Arbeitnehmers minimal ist. Ausschlaggebend für Lohnvarianzen ist vielmehr, um welche Tätigkeiten es sich im Haushalt handelt. So führen Frauen überwiegend zeitlich unflexible Arbeiten aus, wie etwa die Zubereitung von Mahlzeiten etc. Dies wirkt sich auf das erzielbare Einkommen aus.

Joyce Jacobsen (Wesleyan University) und Peter Kooreman (University of Groningen und IZA) beschäftigten sich in ihrer Studie mit den Auswirkungen der geänderten Ladenöffnungszeiten in den Niederlanden. Die Analyse verschiedener „Zeit-Budget“-Erfassungen ergibt, dass viele Menschen aufgrund des neuen Gesetzes lediglich zu für sie angenehmeren Zeiten einkaufen. Insgesamt wird nach Einführung der neuen gesetzlichen Regelung offenkundig nicht mehr Zeit auf Einkäufe verwendet.

Die Bestimmung des Arbeitszeitvolumens, das die Arbeitnehmer dem Markt zur Verfügung stellen, ist wahrscheinlich der am intensivsten untersuchte Aspekt des Arbeitsmarktverhaltens. Anders Klevmarken (Uppsala University und IZA) zeigte am Beispiel des schwedischen Arbeitsmarktes, dass die Rückschlüsse über Arbeitsangebotsdeterminanten wie etwa höhere Lohnsätze stark davon abhängen, ob die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden auf der Grundlage von „Zeit-Tagebüchern“ oder aber – wie dies in der Wissenschaft bislang überwiegend praktiziert wird – aufgrund persönlicher Erinnerung der befragten Individuen ermittelt werden. Viele frühere Überlegungen zum Arbeitskräfteangebot bedürfen angesichts dessen der Korrektur.

Daniel Hamermesh (University of Texas und IZA) untersuchte in einer Studie die Determinanten von Routineaktivitäten, die an aufeinander folgenden Tagen zur gleichen Zeit ausgeführt wurden. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass routinemäßige Aktivitäten bei Menschen mit geringer Bildung häufiger auftreten, während Menschen mit steigendem Einkommen weniger Routineverhalten an den Tag legen. Namkee Ahn (FEDEA Madrid) und Juan Francisco Jimeno (FEDEA Madrid und IZA) legten eine Untersuchung vor, nach der Arbeitslose im Vergleich zu Arbeitenden und Nicht-Erwerbstätigen mehr Zeit auf passive Freizeitaktivitäten (z.B. Fernsehen) und Hausarbeit verwenden.



Stephen Jenkins

Mütter, die einer Teilzeit-Beschäftigung nachgehen, verwenden nicht mehr oder weniger Zeit auf Kindererziehung als Mütter, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Allerdings führt ein zu geringes Angebot an Teilzeit-Arbeitsplätzen dazu, dass beschäftigte Frauen weniger Stunden auf die Betreuung ihrer Kinder verwenden. Zu dieser Erkenntnis gelangten Andrea Ichino (European University Institute und IZA) und Anna Sanz de Galdeano (University Carlos III).

Michael Horrigan und Diane Herz (beide U.S. Bureau of Labor Statistics) referierten zur Entwicklung der „American Time Use Study“. Im Rahmen dieser weltweit größten „Zeit-Budget“-Studie liefern seit 2003 1700 Teilnehmer in regelmäßigen Abständen wertvolles Datenmaterial in Form von Zeit-Tagebüchern. Patricia Apps (University of Sydney und IZA) und Ray Rees (Universität



Nina Smith

München) untersuchten am Beispiel Australiens den Zusammenhang zwischen Zeitverwendung und individuellem Wohlstand und diesbezügliche Verhaltensänderungen im Lebensverlauf.

Eine positive Korrelation zwischen der Zeitverwendung für informelle Bildung und dem Grad der formellen Schulbildung identifizierte René Fahr (IZA). Demnach werden durch informelle Bildung bestehende Einkommensunterschiede aufgrund der bereits vorhandenen Schulbildung weiter vergrößert. Frank Stafford (University of Michigan) und Jean Yeung (New York University) gingen in ihrer Untersuchung der Frage nach wieviel Zeit amerikanische Mütter und Väter jeweils mit ihren Kindern verbringen.

Diese IZA-Konferenz hat neue Impulse zur intensiveren Beschäftigung mit der Ökonomie der Zeitverwendung gegeben und einmal mehr die Bedeutung dieses Forschungsgebietes für ein besseres Verständnis des Arbeitsmarktverhaltens sichtbar gemacht.

„The Phillips Curve Revisited“ – Hochkarätige Expertenkonferenz tagte in Berlin



Harald Uhlig



Gustav A. Horn



Dennis J. Snower

In Verbindung mit dem in London ansässigen Centre for Economic Policy Research (CEPR), dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und dem Schumpeter-Institut der Humboldt-Universität zu Berlin veranstaltete das IZA vom 5.-7. Juni 2003 in Berlin eine Konferenz zum Thema „The Phillips Curve Revisited“. Organisiert wurde die Veranstaltung von *Gustav A. Horn* (DIW Berlin), *Harald Uhlig* (Humboldt-Universität zu Berlin) und IZA-Programmdirektor *Dennis J. Snower* (Birkbeck College, London). Die Konferenz nahm eine Bestandsaufnahme neuester Erkenntnisse auf dem Gebiet der Interaktion von monetären Phänomenen und realen ökonomischen Aktivitäten (wie Produktion, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit) vor. Ziel war ferner die Diskussion alternativer – theoretischer und empirischer – Forschungsansätze zu Phillipskurve, um Klarheit über ihre relativen Stärken und Schwächen, ihre Aussagekraft und ihre praktische Anwendbarkeit zu erlangen. Darüber hinaus machte es sich die Konferenz zur Aufgabe, die Entwicklung der gesamteuropäischen und amerikanischen Wirtschaft der letzten Jahre, insbesondere den ausgedehnten nahezu inflationslosen Boom der 1990er Jahre und die anschließende Rezessionsperiode, mit dem Konzept der Phillipskurve zu erklären.

In ihrem ersten Teil widmete sich die Konferenz den mikroökonomischen Grundlagen der Phillipskurve, die das Verständnis des Zielkonflikts zwischen Inflation einerseits und Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und Output andererseits revolutioniert haben. Diese Einsichten spielten eine zentrale Rolle bei der Entstehung der Neokeynesianischen Phillipskurve, die im Mittelpunkt neuerer Modelle zu monetären Transmissionsmechanismen und den Interaktionen zwischen Geld- und Fiskalpolitik steht. Erörtert wurde, inwieweit die dynamische Wechselbeziehung zwischen Inflation und makroökonomischen Aktivitäten beeinflusst wird durch einen langsamen Informationsfluss (*Laurence Ball/N. Gregory Mankiw/Ricardo Reis*: „Monetary Policy for Inattentive Economies“), „menu costs“ von Preisänderungen (*Mikhail Golosov/Robert E. Lucas Jr.*: „Menu Costs and Phillips Curves“) und die Interaktion von Geldmengenwachstum und nominaler Trägheit (*Mariika Karanassou/Hector Sala/Dennis Snower*: „A Reappraisal of the Inflation-Unemployment Tradeoff“).

Im zweiten, empirisch orientierten Abschnitt der Konferenz wurden die Konzepte der traditionellen und neokeynesianischen Phillipskurve miteinander konfrontiert. *Robert Gordon* (Northwestern University, Evanston) beschrieb die Fähigkeit seines „Dreieck-Modells“, erfolgreich Inflations- und Arbeitslosigkeitsdynamiken erklären zu können (*Robert Gordon/Jon W. Eller*: „Nesting the New Keynesian Phillips Curve within the Mainstream Model of US Inflation Dynamics“), während *Jordi Gali* (University Pompeu Fabra, Barcelona) empirische Belege zu Gunsten des neuen Ansatzes anführte (*Jordi Gali/Mark Gertler/J. David Lopez-Salido*: „Robustness of the Estimates of the Hybrid New Keynesian Phillips Curve“). *Wolfgang Franz* (Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung/ZEW, Mannheim) argumentierte anhand neuer Forschungsergebnisse wider die NAIRU-Hypothese, die einen langfristigen Tradeoff zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit bestreitet („Will the (German) NAIRU Please Stand Up?“).

Darüber hinaus behandelte die Konferenz die Auswirkungen der Phillipskurve auf Geld- und Fiskalpolitik. *George Evans* (University of Oregon) stellte eine von zwei Studien zur „Lernfähigkeit“ der Zentralbanken vor (*George Evans/Seppo Honkapohja*: „Adaptive Learning and Monetary Policy Design“; *Kosuke Aoki/Kalin Nikolov*: „Rule-based Monetary Policy and Central Bank Learning“). Drei weitere Arbeiten behandelten die optimale Interaktion von Geld- und Fiskalpolitik (*Isabel Correia/Juan Pablo Nicolini/Pedro Teles*: „Optimal Fiscal and



George Evans

Monetary Policy Equivalence Results“; *Stephanie Schmitt-Grohe/Martin Uribe*: „Optimal Fiscal and Monetary Policy under Sticky Prices“; *Michael Woodford/Pierpaolo Benigno*: „Optimal Monetary and Fiscal Policy – A Linear Quadratic Approach“). *Lawrence Christiano* und *Martin Eichenbaum* (beide Northwestern University, Evanston) präsentierten Simulationen zu den Effekten ökonomischer Fluktuationen (*David Altig/Lawrence Christiano/Martin Eichenbaum/Jesper Linde*: „Monetary Policy and the Dynamic Effects of Technology Shocks“). *Julio Rotemberg* (Harvard University) verwies darauf, dass die Effektivität von Geldpolitik durch eine neue nominale Rigidität in Form von Kundenressentiments gegenüber Preiserhöhungen erklärt werden könne („Customer Anger at Price Increases, Changes in the Frequency of Price Adjustment, and Monetary Policy“).



Edward Prescott

Zum Abschluss befasste sich die Konferenz mit der gegenwärtigen Entwicklung europäischer Wirtschaftsräume. *Robert Hall* (Stanford University) präsentierte ein neues Modell zur Lohndeterminierung und Beschäftigungsfluktuation, mit dessen Hilfe veranschaulicht werden könne, inwieweit die Kosten der Arbeitskräftefluktuation über den Lohnfestlegungsprozess die Beschäftigung beeinflussen können („Wage Determination and Employment Fluctuations“). *Edward Prescott* (University of Minnesota und Federal Reserve Bank of Minneapolis) untersuchte die Bedeutung von Steuern, auf der Suche nach einer Antwort auf die Frage „Why do Americans Work So Much and Europeans So Little?“ *Boyan Jovanovic* (University of Chicago) präsentierte ein Modell zur Erklärung von Kursinflation und anschließendem Platzen von Spekulationsblasen an den internationalen Aktienmärkten (*Boyan Jovanovic/Alessandro Barbarino*: „Shakeouts and Market Crashes“). Schließlich zeigte *Varadarajan V. Chari* (University of Minnesota), dass die von diversen ökonomischen Modellen getroffenen Vorhersagen letztlich mit einem prototypischen Wachstumsmodell in Einklang gebracht werden können, welches zeitabhängige Effizienz-, Arbeits- und Investitionsveränderungen berücksichtigt und auf diese Weise eine wegweisende Methode zur Entwicklung von Konjunkturmodellen liefert. (*Varadarajan V. Chari/Patrick J. Kehoe/Ellen R. McGrattan*: „Business Cycle Accounting“).

Die im Rahmen der Konferenz vorgestellten Studien sind unter www.iza.org sowie auf der Konferenz-Homepage unter www.phillips-curve-revisited.de verfügbar.

IZA Research Fellow Mark C. Berger verstorben



Mark C. Berger †

Mit tiefer Betroffenheit teilen wir an dieser Stelle mit, dass *Mark C. Berger* am 30. April 2003 im Alter von 47 Jahren verstorben ist. Er war dem IZA seit Dezember 2000 als Research Fellow eng verbunden und besuchte das IZA noch kürzlich zu einem Forschungsaufenthalt.

Mark Berger war William B. Sturgill Professor für Wirtschaftswissenschaften und Direktor des Center for Business and Economic Research (CBER) an der University of Kentucky. Unmittelbar nach seiner Dissertation

1981 an der Ohio State University begann er seine Karriere an der University of Kentucky als Assistant Professor. Von 1985 bis 1989 war er als Associate Professor, danach als ordentlicher Professor an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (seit 1996 Gatton College of Business and Economics) der University of Kentucky tätig. 1994 wurde er zum Direktor des CBER und 1998 zum Sturgill Professor berufen. Zahlreiche Gastprofessuren und Forschungsstipendien führten ihn u. a. an die University of Chicago und die Universitäten von Wien, Ekaterinenburg und Dublin. Darüber hinaus gehörte er den Herausbergremien der Fachzeitschriften *Growth and Change*, *Applied Economics* und *Economics of Education Review* an.

Mark Berger widmete sich vor allem der angewandten Forschung zu einem breiten Themenspektrum und legte wichtige Arbeiten

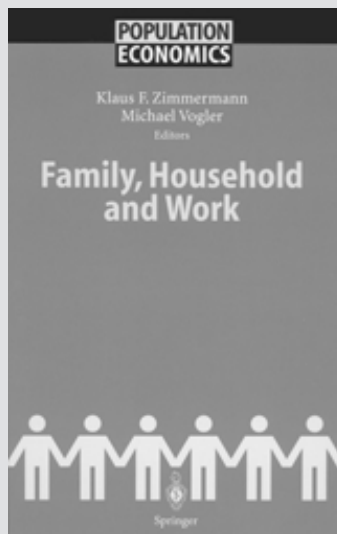
u. a. zu Fragen von Löhnen und Beschäftigung, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung sowie Bildung und Weiterbildung vor. Seine Forschungsarbeiten wurden in folgenden Fachzeitschriften veröffentlicht: *American Economic Review*, *Journal of Political Economy*, *Review of Economics and Statistics*, *Journal of Labor Economics*, *Industrial and Labor Relations Review* und *Journal of Human Resources*. Bei seinen Kollegen und Studenten genoss er als anerkannter Forscher und Lehrer sehr hohes Ansehen. Zum Gedenken an Mark Berger wurde an der University of Kentucky der „Mark C. Berger Applied Microeconomics Workshop Endowment Fund“ eingerichtet.

Das IZA und alle IZA Research Fellows werden Mark Berger und seine wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet der Arbeitsökonomie in Ehren halten.



Neues IZA-Buch: „Family, Household and Work“

In den zurückliegenden Jahrzehnten unterlagen die Familienstrukturen einem erheblichen Wandel: Die Anzahl der Singlehaushalte ist deutlich gestiegen, ein Gleiches gilt für die Zahl der Ehescheidungen. Heiraten werden zeitlich zusehends aufgeschoben, und Frauen sind wesentlich älter, wenn sie ihr erstes Kind bekommen. Die klassische Rollenverteilung hat sich längst überlebt, ökonomische noch soziale Faktoren spielen bei der Entscheidung zur Familiengründung kaum noch eine Rolle. Aus ökonomischer Sicht lassen sich hierfür verschiedene Ursachen anführen: So hat sich das durchschnittliche Bildungs- und Ausbildungsniveau von Frauen im Zuge der voranschreitenden Gleichberechtigung der Geschlechter deutlich verbessert. Frauen verfügen in manchen Industrieländern inzwischen über eine deutlich bessere Schulbildung als der Durchschnitt der männlichen Bevölkerung. Diese Entwicklung



hat eine steigende Erwerbsbeteiligung, ambitionierte Karrierewege und größere finanzielle Unabhängigkeit von Frauen nach sich gezogen. Zugleich hat der Auf- und Ausbau der sozialen Sicherungssysteme die Familie als Instrument der Absicherung im Alter oder in persönlichen Notlagen weitgehend abgelöst.

Das von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und IZA-Wissenschaftsmanager *Michael Vogler* herausgegebene Sammelwerk „Family, Household and Work“ geht diesen Trends nach. Der Band umfasst eine Sammlung wirtschaftswissenschaftlicher Studien zu Fragen der Zeitverwendung innerhalb der Haushalte, zu Familienstrukturen und -entwicklungen sowie zum Übergang junger Menschen in den Arbeitsmarkt. (*Klaus F. Zimmermann/Michael Vogler (eds.), Family, Household and Work, Berlin 2003 – ISBN 3-540-00360-6*).



Neues IZA-Buch: „Arbeit in einer alternden Gesellschaft“

Die Beteiligung Älterer am Erwerbsleben sowie die Bedingungen und Konsequenzen ihres Übergangs in den Ruhestand sind eine zentrale Themenstellung für die Sozialwissenschaften. Besondere Brisanz gewinnen sie angesichts des sich rasant verändernden Arbeitsmarktes und der demographischen Alterungsprozesse. Werden ältere Arbeitnehmer in Zukunft wieder stärker gebraucht? Zwingen Nachwuchsmangel und massive Finanzierungsnöte der sozialen Sicherungssysteme zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit und neuen Modellen des Renteneintritts? Welche Herausforderungen stellen sich in den Unternehmen hinsichtlich Qualifizierung und Erhalt der Leistungsfähigkeit älterer Mitarbeiter? Diesen Fragen geht das vorliegende Buch nach. Es stellt das Resultat einer intensiven Kooperation des Informationszentrums Sozialwissenschaften



(IZ) mit dem Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA), der Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf (FALL) und dem Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin dar. Der Band bietet auf diese Weise einen umfassenden Überblick zum Forschungsstand aus Sicht der Soziologie und der Wirtschaftswissenschaften. Eine szientometrische Beschreibung des Forschungsfeldes sowie eine kommentierte Auswahl fachlicher Informationen (Institutionen, Internet-Adressen) und ein Glossar runden das Werk ab, dem darüber hinaus eine CD-ROM mit umfangreichen Literaturverweisen beiliegt. (*Matthias Herfurth/Martin Kohli/Klaus F. Zimmermann (Hrsg.), Arbeit in einer alternden Gesellschaft Problembereiche und Entwicklungstendenzen der Erwerbsbeteiligung Älterer, Leverkusen 2003 – ISBN 3-8100-3816-4*).

Zimmermann stellt Abschlussbericht des CPB Review Committee vor

Das von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* geleitete externe Review Committee für das CPB, die zentrale staatliche Institution der Niederlande für wirtschaftspolitische Analysen, präsentierte seinen Abschlussbericht am 26. Juni 2003 der Öffentlichkeit. Das hochkarätig besetzte Expertengremium evaluiert darin die Leistung des CPB und zeigt Verbesserungsmöglichkeiten auf. Zu den Hauptaufgaben des CPB zählt neben der unabhängigen wirtschaftspolitischen Analyse die Erstellung ökonomischer Prognosen, die von Regierung und Parlament sowie von Parteien, Gewerk-

schaften und Verbänden zur Entscheidungsfindung herangezogen werden.

Zimmermann lobte die bisherigen Errungenschaften des CPB und nicht zuletzt die Bereitschaft der Behörde, ihre Leistungsfähigkeit durch objektive Experten analysieren zu lassen: „Auch andere Institute sollten sich das Engagement des CPB zum Vorbild nehmen, die Strategie der wissenschaftlichen Forschung und Politikberatung auf der Grundlage einer eingehenden externen Evaluation zu schärfen.“



CPB Review Committee

IZA verabschiedet Forschungsdirektor Gerard A. Pfann – Armin Falk übernimmt Aufgaben zum Oktober 2003



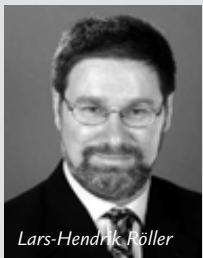
Gerard A. Pfann

Klaus F. Zimmermann

Nach zwei Jahren erfolgreicher Arbeit als IZA-Forschungsdirektor kehrt *Gerard A. Pfann* an die Maastricht University und das von ihm dort parallel geleitete Business Investment Research Center (BIRC) zurück. Als Herausgeber des *European Economic Review* und Co-Organisator des IZA/SOLE TransAtlantic Meeting of Labor Economists bleibt er dem IZA jedoch weiterhin eng verbunden. IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann*

würdigte Pfanns Verdienste um die Stimulierung der Forschungsarbeiten des IZA und die Etablierung des IZA Prize in Labor Economics. Neuer IZA-Forschungsdirektor wird zum 1. Oktober 2003 *Armin Falk* (z. Zt. Universität Zürich), der zudem mit Beginn des Wintersemesters 2003/2004 eine Professur für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn übernimmt (siehe IZA Compact April/Mai 2003).

IZA Research Fellow Lars-Hendrik Röller wird Chefökonom der EU-Wettbewerbsbehörde



Lars-Hendrik Röller

Mit IZA Research Fellow *Lars-Hendrik Röller* (Humboldt-Universität Berlin; Wissenschaftszentrum Berlin) hat EU-Wettbewerbskommissar *Mario Monti* einen ausgewiesenen Experten für Fusionskontrolle zum Chef-

ökonom seiner Behörde berufen. Nach deren Reorganisation warten auf den neuen Chefökonom, der seinen zunächst auf drei Jahre befristeten Posten in Brüssel zum 1. September 2003 antreten wird, große Herausforderungen.

„Lars-Hendrik Röller ist die Idealbesetzung für dieses wichtige Amt. Ihm wird es gelingen, die Fusionskontrolle fortan auf eine solide wirt-

schaftswissenschaftliche Analyse zu gründen“, begrüßte IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* diese Personalentscheidung. Röller ist seit 1999 IZA Fellow und leitet die Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“ am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Das IZA gratuliert Röller zu seiner Berufung und wünscht ihm für die neue Aufgabe viel Erfolg.

David Jaeger folgt Ken Troske als IZA Visiting Research Fellow nach – Alexander von Humboldt-Stiftung vergibt Fellowship an Jaeger

Nach einem einjährigen, erfolgreichen Forschungsaufenthalt am IZA kehrt *Ken Troske* (University of Missouri, Columbia) in die USA zurück. Das konstant hohe Niveau der wissenschaftlichen Arbeit des IZA habe ihn sehr beeindruckt, so Troske, der in die laufenden Forschungsprojekte des IZA als gefragter Ratgeber eingebunden war und für seine eigenen Forschungsvorhaben und -präsentationen ideale Bedingungen am IZA und im Rahmen diverser IZA-Veranstaltungen vorfand.

IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* äußerte sich zufrieden über die gelungene Premiere des IZA Visiting Research Fellowship. „Mit diesem Angebot eines längerfristigen Aufenthalts am IZA bekunden wir unsere Nähe zur amerikanischen Forschungslandschaft und



Ken Troske, Klaus F. Zimmermann, David Jaeger

binden renommierte US-Ökonomen für intensive Kooperationen an uns. Das soll eine gute Tradition werden“, erklärte Zimmermann. Als Nachfolger von Ken Troske begrüßte er Visiting Research Fellow *David Jaeger* (College of William and Mary, Williamsburg, Virginia). Mit Jaeger einen Alexander von Humboldt-Fellow für das IZA gewonnen zu haben, sei auch

eine Auszeichnung für das IZA, betonte Zimmermann.

Der neue IZA Visiting Research Fellow *David Jaeger* ist zur Zeit Associate Professor of Economics and Public Policy am College of William and Mary. Er erwarb seinen Ph.D. 1995 an der University of Michigan, arbeitete danach am U.S. Bureau of Labor Statistics, am Hunter College und dem Graduate Center der City University of New York. Als Gastprofessor lehrte er zudem an der Princeton University. Seine derzeitigen Forschungsschwerpunkte kreisen vor allem um Fragen von Mobilität, Ausbildung, Zuwanderung und angewandter Ökonometrie. Seine Arbeiten wurden u. a. veröffentlicht in *Journal of the American Statistical Association*, *Review of Economics and Statistics*, *Journal of Labor Economics*, *Research in Labor Economics*.

Thomas Bauer erhält Ruf an Ruhr-Universität Bochum



T. Bauer

Nach seiner soeben an der Universität Bonn absolvierten Habilitation hat IZA-Programmdirektor *Thomas Bauer* nun einen Ruf an die Ruhr-Universität Bochum erhalten, wo er zum kommenden Wintersemester einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre übernehmen soll. Im Rahmen seiner von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* betreuten Habilitationsschrift setzt sich Thomas Bauer mit den Arbeitsmarkteffekten flexibler Formen der Arbeitsorganisation auseinander.

Namhafte US-Ökonomen folgen Einladung des IZA



C. Chiswick

B. Chiswick

Ende Juli konnte das IZA mit *Carmel* und *Barry Chiswick* (University of Illinois, Chicago) zwei einflussreiche US-Ökonomen und IZA Research Fellows zu einem Forschungsaufenthalt in Bonn begrüßen. „Dieser hochkarätige Besuch verdeutlicht den Stellenwert, den das IZA gerade unter amerikanischen Arbeitsökonomien genießt“, so IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann*.

IZA Workshop „Interaktionen zwischen Arbeits- und Finanzmärkten“

Ein vom IZA am 30. und 31. Mai ausgerichtetes Workshop zu den „Interaktionen zwischen Arbeits- und Finanzmärkten“ richtete sein Augenmerk auf einen immer wichtiger werdenden Bereich wirtschaftswissenschaftlicher Forschung. Die Teilnehmer erörterten unterschiedliche Aspekte der Arbeits- und Finanzmarktinteraktionen, wobei u. a. eine Mikrostrukturanalyse dieser Interaktionen unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen von „Corporate

Governance“ und dem Wettbewerb auf den Produktmärkten auf Manager- bzw. Angestellte Gehälter vorgenommen wurde. Darüber hinaus untersuchte der Workshop, ob Firmen Arbeitnehmer partiell versichern, wie Arbeitnehmer sich auf Unternehmen mit unterschiedlichen Risikostrukturen verteilen und wie Selbständigkeit und finanzielles Vermögen miteinander zusammenhängen. Ferner wurde analysiert, wie sich Unvollkommenheiten des

Kapitalmarkts auf die Beschäftigung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, und die Gewinverteilung auf der Makroebene auswirken. In polit-ökonomischer Perspektive wurde schließlich die Frage behandelt, warum Arbeitsmärkte im Falle weniger effizient strukturierter Kapitalmärkte zu einem höheren Maß an Regulierung tendieren.

Zweites IZA/SOLE TransAtlantic Meeting of Labor Economists

Vom 5.-7. Juni 2003 fand das 2. IZA/SOLE Transatlantic Meeting of Labor Economists in Buch am Ammersee statt. Wie bereits im Vorjahr diskutierte eine große Anzahl renommierter Ökonomen die aktuellen Fortschritte in Arbeitsökonomie und Ökonometrie. Darüber hinaus diente das erneut hochkarätig

besetzte Expertentreffen der Anbahnung von Forschungsk Kooperationen. Schwerpunktthemen der Präsentationen und Diskussionen waren u. a. „Ökonomie der Familie“, „Frauen auf dem Arbeitsmarkt“, „Search and Matching“, „Unternehmensverhalten und Beschäftigung“, „Lohnfestsetzung“ und „Natürliche Ex-

perimente“. Diese breite Auswahl an Themenschwerpunkten unterstreicht das Hauptziel des jährlichen TransAtlantic Meetings: die systematische Förderung weiterer Forschung in allen Bereichen der Arbeitsökonomie. Das komplette Konferenzprogramm und die präsentierten Arbeiten sind unter www.iza.org verfügbar.

IZA erweitert Ausbildungsplatzangebot

Das IZA hat im Rahmen seiner eigenen „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ zwei weitere hochwertige Auszubildendenstellen im IT- und Organisationsbereich geschaffen und umgehend besetzt. Der Anteil der Auszubildenden an der Gesamtzahl der IZA-Mitarbeiter erreicht damit eine Marke von 10 Prozent.

Astrid Zeitz-Fehse ist seit Juli 2003 Auszubildende in der IT-Abteilung des IZA. Sie kümmert sich um die Wartung der Computer.



Astrid Zeitz-Fehse



Manuela Buchholz

Außerdem beschäftigt sie sich mit der Betreuung des Textsatzsystems TeX und dessen grafischen Benutzeroberflächen. Ihre Ausbildung endet im Jahr 2006. *Manuela Buchholz* wird ab September 2003 eine dreijährige Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation beginnen. Schwerpunkte dieser Ausbildung bilden Büroorganisation sowie Assistenz- und Sekretariatsaufgaben, Informationsverarbeitung, Personalverwaltung und Rechnungswesen.

IZA-Wissenschaftler René Fahr und Thomas Dohmen promoviert



K. F. Zimmermann R. Fahr M. Kräkel

Seine Dissertation zum Thema „Occupational Mobility and Occupational Matching: Some Implications for Career Choice and Labor Market Policy“ beschäftigt sich mit der Nachfrage nach informeller Bildung und der Rolle des „Mismatch“ zwischen Jobsuchenden und Unternehmen als Ursache der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Mitglieder der Prüfungskommission waren auch IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und IZA Research Fellow *Matthias Kräkel* (Universität Bonn).

Thomas Dohmen, seit Januar 2003 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am IZA beschäftigt, erhielt ebenfalls im Mai seinen Dokortitel von der Universität Maastricht. Seine Dissertation zum Thema „Internal Labor Markets. Theory and Evidence at the Firm Level“ wurde von IZA-Forschungsdirektor *Gerard A. Pfann* betreut, der zugleich an der Universität



G. A. Pfann T. Dohmen K. F. Zimmermann F. C. Palm

Maastricht lehrt. Der Prüfungskommission gehörten u. a. *Franz C. Palm* (Universität Maastricht) und IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* vertreten.

Als vierter IZA Resident Research Affiliate hat *René Fahr* sein Doktorandenstudium an der Bonn Graduate School in Economics (BGSE) im Mai 2003 erfolgreich abgeschlossen.

NEUE IZA DISCUSSION PAPERS

Von Mai bis Juli 2003 wurden unter anderem die folgenden IZA Discussion Papers veröffentlicht
(die IZA Homepage hält alle IZA Discussion Papers zum Download bereit):

- 827 Hielke Buddelmeyer, Emmanuel Skoufias**
An Evaluation of the Performance of Regression Discontinuity Design on PROGRESA
- 826 Karsten T. Hansen, James J. Heckman, Kathleen J. Mullen**
The Effect of Schooling and Ability on Achievement Test Scores
- 825 Antonio Filippin, Andrea Ichino**
Gender Wage Gap in Expectations and Realizations
- 824 Antonio Filippin**
Discrimination and Workers' Expectations: Experimental Evidence
- 823 Antonio Filippin**
Discrimination and Workers' Expectations
- 822 Doris Weichselbaumer, Rudolf Winter-Ebmer**
The Effects of Competition and Equal Treatment Laws on the Gender Wage Differential
- 821 Pedro Carneiro, James J. Heckman**
Human Capital Policy
- 820 Christopher M. Cornwell, Kyung Hee Lee, David B. Mustard**
The Effects of Merit-Based Financial Aid on Course Enrollment, Withdrawal and Completion in College
- 819 Michel Beine, Frédéric Docquier, Hillel Rapoport**
Brain Drain and LDCs' Growth: Winners and Losers
- 818 John Pencavel**
The Surprising Retreat of Union Britain
- 817 Torben Andersen, Tryggvi Thor Herbertsson**
Measuring Globalization
- 816 Tryggvi Thor Herbertsson, Michael Orszag**
The Early Retirement Burden: Assessing the Costs of the Continued Prevalence of Early Retirement in OECD Countries
- 815 Arild Aakvik, Kjell G. Salvanes, Kjell Vaage**
Measuring Heterogeneity in the Returns to Education in Norway Using Educational Reforms
- 814 Geert Ridder, Gerard J. van den Berg**
Measuring Labor Market Frictions: A Cross-Country Comparison
- 813 Edward Lazear**
Firm-Specific Human Capital: A Skill-Weights Approach
- 812 John T. Addison, Thorsten Schank, Claus Schnabel, Joachim Wagner**
German Works Councils in the Production Process
- 811 Miles Corak, Wen-Hao Chen**
Firms, Industries, and Unemployment Insurance: An Analysis Using Employer-Employee Data
- 810 Jaap Abbring, Gerard J. van den Berg**
A Simple Procedure for the Evaluation of Treatment Effects on Duration Variables
- 809 Simon Commander, Mari Kangasniemi, L. Alan Winters**
The Brain Drain: Curse or Boon?
- 808 Frédéric Docquier, Hillel Rapoport**
Remittances and Inequality: A Dynamic Migration Model
- 807 Paul Frijters, Michael A. Shields, Nikolaos Theodoropoulos, Stephen Wheatley**
Price Testing for Employee Discrimination Using Matched Employer-Employee Data: Theory and Evidence
- 806 Gerard J. van den Berg**
Multiple Equilibria and Minimum Wages in Labor Markets with Informational Frictions and Heterogeneous Production Technologies
- 805 Gerard J. van den Berg, Aico van Vuuren**
The Effect of Search Frictions on Wages
- 804 Jaap Abbring**
Dynamic Econometric Program Evaluation
- 803 Rafael Lalive**
Social Interactions in Unemployment
- 802 Heather Antecol, Peter Kuhn, Stephen Trejo**
Assimilation via Prices or Quantities? Labor Market Institutions and Immigrant Earnings Growth in Australia, Canada, and the United States
- 801 Andrey Launov**
A Study of the Austrian Labor Market Dynamics Using a Model of Search Equilibrium
- 800 Thomas Beissinger, Christoph Knoppik**
Sind Nominallöhne starr? Neuere Evidenz und wirtschaftspolitische Implikationen
- 799 Robert A. Hart**
General Human Capital and Employment Adjustment in the Great Depression: Apprentices and Journeymen in UK Engineering
- 798 James J. Heckman, Jeffrey A. Smith**
The Determinants of Participation in a Social Program: Evidence from a Prototypical Job Training Program
- 797 Espen Bratberg, Øivind Anti Nilsen, Kjell Vaage**
Assessing Changes in Intergenerational Earnings Mobility
- 796 Patricia Apps**
Gender, Time Use and Models of the Household
- 795 Barry T. Hirsch**
Reconsidering Union Wage Effects: Surveying New Evidence on an Old Topic
- 794 Paul Frijters, Michael A. Shields, Stephen Wheatley**
Price Investigating the Quitting Decision of Nurses: Panel Data Evidence from the British National Health Service
- 793 Tapio Palokangas**
Foreign Direct Investment, Labour Market Regulation and Self-Interested Governments
- 792 Lex Borghans, Bas ter Weel**
What Happens When Agent T Gets a Computer? The Labor Market Impact of Cost Efficient Computer Adoption
- 791 Maia Güell**
Fixed-Term Contracts and the Duration Distribution of Unemployment
- 790 Alessandro Cigno, Annalisa Luporini, Anna Pettini**
Hidden Information Problems in the Design of Family Allowances
- 789 José A. Cabral Vieira, Ana Rute Cardoso, Miguel Portela**
Recruitment and Pay at the Establishment Level: Gender Segregation and the Wage Gap in Portugal
- 788 Felix Büchel, Joachim R. Frick**
Immigrants in the UK and in West Germany – Relative Income Position, Income Portfolio, and Redistribution Effects
- 787 Pietro Garibaldi, Lia Pacelli, Andrea Borgarello**
Employment Protection Legislation and the Size of Firms
- 786 Peter R. Mueser, Kenneth Troske, Alexey Gorislavsky**
Using State Administrative Data to Measure Program Performance
- 785 Rita K. Almeida**
The Effects of Foreign Owned Firms on the Labor Market 2
- 784 Olivier Pierrard, Henri Sneessens**
Low-Skilled Unemployment, Biased Technological Shocks and Job Competition
- 783 Barry T. Hirsch, Edward J. Schumacher**
Match Bias in Wage Gap Estimates Due to Earnings Imputation
- 782 Maia Güell, Barbara Petrongolo**
How Binding Are Legal Limits? Transitions from Temporary to Permanent Work in Spain
- 781 Jaap Abbring, Jeffrey R. Campbell**
A Structural Empirical Model of Firm Growth, Learning, and Survival

IZA-GASTWISSENSCHAFTLER

Von Mai bis Juli 2003 konnte das IZA die nachfolgenden Ökonomen als Gäste begrüßen und mit ihnen aktuelle Fragen der Arbeitsmarktforschung erörtern:

- Patricia Apps**
(University of Sydney)
- Michael L. Bognanno**
(Temple University, Philadelphia)
- Carmel U. Chiswick**
(University of Illinois, Chicago)
- Barry R. Chiswick**
(University of Illinois, Chicago)
- Leif Danziger**
(York University, Toronto)
- Don J. DeVoretz**
(Simon Fraser University, Burnaby)
- Daniel S. Hamermesh**
(University of Texas, Austin)
- Barton H. Hamilton**
(Washington University, St. Louis)
- Ashok Kaul**
(University Pompeu Fabra, Barcelona)
- David B. Mustard**
(University of Georgia, Athens)
- Shoshana Neuman**
(Bar-Ilan University, Ramat-Gan)
- Solomon Polachek**
(Binghamton University, New York)
- David Ribar**
(George Washington University, Washington DC)
- Álmos Telegdy**
(Central European University, Budapest)
- Manuelita Ureta**
(Texas A&M University, College Station)
- Edward Vytlačil**
(Stanford University)
- Till von Wachter**
(University of California, Berkeley)

M E I N U N G

Die deutschen Gewerkschaften vor einem Neubeginn?



Im In- und Ausland reibt man sich angesichts der gegenwärtigen Krise der deutschen Industriegewerkschaft Metall verwundert die Augen: Bröckelt die im internationalen Vergleich gigantische Machtposition der Gewerkschaften in Deutschland? Ist dies womöglich die Chance für einen beginnenden Kurs „der neuen Bescheidenheit“ angesichts einer eklatant hohen Arbeitslosigkeit?

Des Dramas erster Akt: Erstmals in ihrer Geschichte verliert die bis dahin mächtigste Einzelgewerkschaft der Welt, die IG Metall, einen Arbeitskampf mit fliegenden Fahnen. In Ostdeutschland sollte, wäre es nach dem Willen der IG Metall gegangen, wider jede ökonomische Vernunft anstelle der bisherigen 38-Stunden-Woche die in Westdeutschland für die Branche bereits geltende 35-Stunden-Woche eingeführt, also eine Arbeitszeitverkürzung um fast 8 Prozent durchgesetzt werden. Letztlich jedoch musste die Gewerkschaft den Rückzug antreten und sich mit der Vereinbarung zufrieden geben, ihre Forderungen erst bis zum Jahr 2009 realisiert zu sehen.

Folgt des Dramas zweiter Akt: Nach ihrer historischen Kapitulation spitzt sich der Richtungsstreit in der Gewerkschaft im Hin-

blick auf den im Herbst 2003 anstehenden Führungswechsel zu. Ursprünglich getroffene personalpolitische Entscheidungen werden angefochten, der amtierende IG-Metall-Vorsitzende und sein als Nachfolger bereit stehender Stellvertreter inszenieren auf offener Bühne einen Showdown, der den Eindruck vermittelt, als taumele die IG Metall führungs- und konzeptionslos in eine ungewisse Zukunft. Schließlich tritt der Vorsitzende ab, nicht ohne nochmals Reformen zu fordern, während die vereinbarten Personalvoraussetzungen das Festhalten am Traditionalismus erahnen lassen.

Wie also kann es weitergehen mit den deutschen Gewerkschaften? Ihre bisherige Macht beruht auf der durch den Flächentarifvertrag symbolisierten Tarifaufonomie, ihrer Vernetzung mit den Entscheidungsstrukturen der Unternehmen in Form von Mitbestimmung und Betriebsräten sowie ihrem Anspruch auf allgemeine politische Vertretung ihrer Mitglieder. Der Gesetzgeber hat eben den Tarifvertragsparteien nicht nur weitgehend die Verantwortung für die Gestaltung der Arbeitswelt übertragen, sondern zugleich über lange Jahre hingegenommen, dass sie danach strebten, politisches Handeln auf allen Ebenen mitzugestalten.

Doch die Zeiten haben sich gründlich geändert, in der modernen Arbeitswelt gelten andere Spielregeln, die sich nicht mehr mit den überkommenen Rollen- und Feindbildern der Gewerkschaften in Einklang bringen lassen. Die Mehrzahl der Arbeitnehmer unterliegt nicht mehr dem traditionellen Arbeitszeitmodell. Flexible Lohnmodelle halten in immer mehr Betrieben Einzug. Zugleich sorgt die Alterung der Erwerbsbevölkerung dafür, dass der gewerkschaftliche Nachwuchs ausbleibt. Auch die Individualisierung trägt zu rückläufiger Organisations- und Mobilisierungsbereitschaft bei. Mitgliederschwund und beschädigtes öffentliches Ansehen einerseits, Erosion des politischen Einflusses andererseits sind die Folgen einer rückwärts gewandten Gewerkschaftspolitik. Das Scheitern des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen die Reformagenda 2010 in Deutschland und die Rentenreform in Frankreich zeigt dies deutlich.

Und schon gerät der Flächentarifvertrag selbst ins Zentrum der arbeitsmarktpolitischen

Reformdiskussion. Im Osten Deutschlands durch mangelnde Akzeptanz ohnehin weitgehend wirkungslos, ist er durch die Verhandlungsniederlage der IG Metall nochmals erschüttert worden. Dabei bringt er für die Unternehmen Planungssicherheit, spart die höheren volkswirtschaftlichen Kosten einer betrieblich organisierten Lohnfindung und bietet eher die Gewähr dafür, dass Argumente gesamtwirtschaftlicher Vernunft in Verhandlungen Gehör finden. Vermutlich würde die Streikhäufigkeit in Deutschland zunehmen, wenn die zentralen Lohnverhandlungen aufgegeben würden.

Wie wird also das Drama enden? Welche Schlussakt-Variante in Szene gesetzt werden wird, hängt entscheidend vom Verhalten der Gewerkschaften selbst ab. Sie müssen die Kraft zur Kurskorrektur aufbringen und endlich auch die Interessen derer angemessen berücksichtigen, um deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt es doch primär gehen muss: die Arbeitslosen nämlich.

Zur Zeit laufen die Gewerkschaften Gefahr, sich als Verhandlungspartner selbst in Frage zu stellen. Die Niederlage der IG Metall wird die Verhandlungsbereitschaft des Arbeitgeberlagers nicht gerade stärken. Es bedarf jetzt einer umfassenden Modernisierung gewerkschaftlicher Strukturen und Strategien und einer insgesamt an ökonomischer Vernunft orientierten Gewerkschaftspolitik. Zu den Geboten der Vernunft zählen unter anderem die Rückkehr zu längeren und zugleich flexibleren Arbeitszeiten und niedrigeren Mindestlöhnen für gering Qualifizierte. Der Flächentarifvertrag wird nur überleben können, wenn betriebliche Öffnungsklauseln eingeführt werden und auf die Allgemeinverbindlichkeitserklärung verzichtet wird, die Abschlüsse auch auf nicht organisierte Unternehmen überträgt. Das brächte innovative Gestaltungskraft in ein bislang viel zu starres System. Der Ball liegt nun im Feld der Gewerkschaften. Kluge Spielmacher sind dort jetzt gefragt.

K. F. Zimmermann



Forschungsinstitut
zur Zukunft
der Arbeit

IMPRESSUM

Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Redaktion: Holger Hinte
IZA, Postfach 7240, D-53072 Bonn
Tel. (02 28) 38 94 222, Fax (02 28) 38 94 180
e-mail: compact@iza.org
Internet: www.iza.org
Grafiken/Fotos: IZA
Layout/Druck: Verlag Erik Dynowski, Köln